

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Königl. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 J.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 17. September 1898.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 J  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Streik und Zuchthaus. — Die Fabrikinspektion in Preußen 1897. II. — Aus der Schweiz. — Tätigkeitsbericht für den Agitationsbericht Brandenburg und Pommern. II. — Der englische Trades Unions-Kongress. — Konferenz der Redakteure der Gewerkschaftspressen. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse: Korrespondenz aus Kiel. — Literarisches.

## Zur Beachtung.

### Zug ist fernzuhalten:

- von Formern nach **Bielefeld** (Temperformer, Firma Wilhelm Kramer) W. u. R., nach **Burgsteinfurt**, nach **Darmstadt**, nach **Düsseldorf** D., nach **Nürnberg**, nach **Pferle** bei Augsburg (Dennharder) L., nach **Ravensburg** (Honer);
- von Feilenhauern u. nach **Sodann** (Mummenhof u. Stegmann), nach **Breslau**, nach **Lübeck** L., nach **München** (Schelmeier) L.;
- von Klempnern nach **Cassel** Str., nach **Hannover** (Dafeking) Str., nach **Drehoe** L., nach **Mainz** (Hoffmann) R., nach **Magdeburg** L., nach **Mannheim** i. B. (Oberheimische Metallwerke) R.;
- von Installateuren nach **Magdeburg** L.;
- von Bauhilfslofern nach **Mainz** (Baupenglerei Hoffmann) R.;
- von Schleifern nach **Bielefeld** (Hengstberg); nach **Solingen-Folge** (Gottl. Hammesfahr) Str.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Cassel** (Beck u. Henkel), nach **Hannover** (Dafeking), nach **Mannheim** (Oberh. Metallwerke);
- von Gürtlern nach **Hirschberg** (H. Bäumer) R.;
- von Schlossarbeitern nach **Großschönau** (Schlossfabrik Ernst Stengler) Str.;
- von Metallschlägern nach **Großschönau** (Weber u. Bischoff) R.;
- von Siebmachern nach **München** (Bucher).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; R.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

## Streik und Zuchthaus.

Kaiser Wilhelm hat seine Anwesenheit in Deynhausen in Westfalen am 6. September dazu benutzt, seine gegenwärtigen Ansichten über die Arbeiterfrage der Welt kund zu thun. Er knüpfte an seine, den deutschen Arbeitern noch in frischer Erinnerung stehende vorjährige Rede in Bielefeld über den Schutz der „Arbeitswilligen“, an, indem er sagte:

„Der Schutz der deutschen Arbeit, der Schutz desjenigen, der arbeiten will, ist von mir im vorigen Jahre in der Stadt Bielefeld feierlich versprochen worden. Ein Gesetz geht seiner Vollendung zu und wird den Volksvertretern in diesem Jahre zugehen, worin Jeder, er möge sein wer er will, und heißen wie er will, der einen deutschen Arbeiter, welcher willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll. Diese Strafe habe ich damals versprochen und ich hoffe, daß das Volk in seinen Vertretern zu mir stehen wird.“

Nach der Rede soll Jeder mit Zuchthaus bestraft werden, der einen Arbeitswilligen an der Arbeit hindert. Es versteht sich von selbst, daß alle Arbeiterfeinde dabei nur an den Streik denken und an die dabei hier und da vorkommende Verhinderung der Weiterarbeit der Arbeitswilligen durch die Streikenden. Diese Verhinderung kann bekanntlich auf mancherlei Art geschehen. In der Regel geschieht sie durch die gütliche Ueberredung, durch welche den meist ununterrichteten oder auch irreführten Arbeitern die wahre Sachlage zur Kenntnis gebracht wird und diese sodann ebenfalls die Arbeit stehen lassen und sich den Streikenden anschließen. Diese nach der Gewerbeordnung zulässige, also rein gesetzliche Verhinderung an der Weiterarbeit wird seit längerer Zeit von den

Behörden unmöglich zu machen gesucht, indem man die Arbeiter auf jede mögliche Weise daran hindert, mit den Streikbrechern in Verkehr zu treten. Die Polizei beanstandet das Postenstehen der Streikenden in geringerer oder größerer Entfernung von der Arbeitsstelle, sie verbietet den Arbeitern den Aufenthalt in der Nähe des Bahnhofes, ja auf offener Straße überhaupt, sie macht es dadurch den Arbeitern unmöglich, ihr gesetzliches Recht zum Streiken konsequent zu gebrauchen und mehrere Gerichtsurtheile haben diese Haltung der Polizei gut geheißten. Das ist die bekannte „weitherzige“ Gesetzesauslegung, die auf der einen Seite einem Theile des Volkes sein gesetzliches Recht einschränkt und nahezu wertlos macht, auf der anderen Seite aber die Machtmittel der Polizei und Gerichte, d. h. der besitzenden und herrschenden Klassen vermehrt.

Die Verhinderung der Weiterarbeit kann auch durch andere Mittel, durch Beschimpfung, Bedrohung und Thätlichkeit geschehen oder versucht werden. Ein solches Vorgehen wird aber in den Arbeiterorganisationen nicht nur nicht diskutiert und den Mitgliedern nicht empfohlen, sondern im Gegentheil wird davon stets dringend und energisch abgerathen. Die organisierten Arbeiter stehen mit ihren Vereinen und mit ihren Lohnbewegungen auf gesetzlichem Boden und wollen nur auf diesem die Hebung der Arbeiterverhältnisse herbeiführen. Die Anwendung von Gewaltmitteln verhorreszieren wir also einmal aus Gesetzlichkeit und sodann auch aus moralischen Gründen, weil sie die Sympathien der öffentlichen Meinung den streikenden Arbeitern entzieht, dadurch aber viel zum Mißlingen des Kampfes beiträgt. Endlich verpönnen wir die Anwendung von Gewaltmitteln auch in Rücksicht auf die beteiligten Arbeiter selbst, die sich dadurch nur unglücklich machen und statt eine Verbesserung ihrer Verhältnisse zu erlangen, ins Gefängniß oder Zuchthaus gesperrt werden.

Aber derartige Ausschreitungen kommen so selten vor, daß kaum 3 von 1000 streikenden Arbeitern deshalb mit den Behörden in Konflikt kommen und wo dies bedauerlicher Weise geschieht, haben wir, wie vor einiger Zeit in Sertin in Sachen des Torgelomer Metallarbeiterstreiks Urtheile mit vielen Jahren Zuchthausstrafen erlebt, drakonische Urtheile, die fast das Blut in den Adern erstarren machen. Diese Urtheile beweisen, daß es heute schon an gesetzlichen Handhaben zur Bestrafung von Ausschreitungen bei Streikbewegungen nicht fehlt und daß die betreffenden Gesetzesbestimmungen keiner Verschärfung, sondern im Gegentheil einer Milderung sehr bedürftig wären.

Da die kaiserliche Rede Jeden im Auge hat, der Arbeiter am Weiterarbeiten verhindert, so winkt die angekündigte Zuchthausstrafe bei der bekanntlich in Deutschland als einem Rechtsstaat herrschenden Rechtsgleichheit nicht nur Arbeitern, die zu weit gehen, sondern auch Unternehmern und ihren Handlangern, den Leitern staatlicher Betriebe u. Den Streiks als Waffe der Arbeiter steht bekanntlich die Aussperrung als Waffe der Unternehmer gegenüber. Die Aussperrung der Arbeiter durch die Unternehmer ist aber nichts anderes, als die Verhinderung der arbeitswilligen Arbeiter an der Weiterarbeit. Die von den Unternehmerorganisationen geführten schwarzen Listen, die von den Unternehmer-Arbeitern nachweisen geübte Bonifikation der arbeitsuchenden Arbeitswilligen, die Maßregelung von Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation, wegen ihrer politischen Gesinnung, wegen ihrer anderen Wahl u. s. w., alle diese Handlungen sind im Sinne der kaiserlichen Rede strafbare Verbrechen, die mit Zuchthaus geahndet werden. Die Leiter der schlesischen Berg- und Eisenwerke, welche nach der letzten Reichstagswahl die Ar-

beiter massenhaft auf die Straße geworfen und diese arbeitswilligen Menschen an der Weiterarbeit gehindert haben, sind bereits hoffnungsvolle Zuchthauskandidaten. Was dem Einen recht, ist dem Andern billig!

Aber nun heißt es freilich in der kaiserlichen Rede: „oder gar zu einem Streik anreizt“, eine Redewendung, welche die Annahme zuläßt, daß der Posadowsky in konsequenter Durchführung seines bekannten Erlasses und der ihm übergebenen Petitionen des Stunim'schen Zentralverbandes deutscher Industrieller und der Zünftler der Berliner Bauergewerksinnung ein Gesetz resp. machen möchte, welches ausschließlich gegen die Arbeiter gerichtet, also ein Ausnahmengesetz ist. Eine solche durch nichts gerechtfertigte Gesetzesvorlage wird im Reichstage hoffentlich nicht durchdringen.

**Der Streik der Arbeiter kann nicht verboten werden!** Ein solches Verbot wäre eine unerhörte, eine naturwidrige Vergewaltigung der Arbeiter, naturwidrig, weil den 100 oder 1000 Arbeitern in einem Betriebe gerade so das natürliche und menschliche Recht zusteht, gleichzeitig, Alle auf einmal die Arbeit niederzulegen, wie dieses Recht jedem einzelnen Arbeiter zusteht. Es kann aber auch nicht die Aufforderung, von diesem natürlichen und menschlichen Rechte Gebrauch zu machen, verboten und bestraft werden. Das Verbot ist auch undurchführbar! In Rußland besteht es und die Streikenden werden mit Knuten mißhandelt, sie werden nach Sibirien deportirt, aber es wird dennoch getreikt, weil das Streben der Arbeiter nach aufwärts einer Elementarmacht gleicht und ein natürliches Mittel dieses Aufwärtstrebens der Streik ist.

Verbieter man die „Anreizung“ zum Streik, so verbieter man damit auch den Streik, denn ohne eine gemeinschaftliche Besprechung, ohne Anregung des Streiks von irgend einer Seite können sich die Arbeiter nie auf einen Streik einigen. Vor mehr als 10 Jahren versuchte das gleiche ideale und erhabene Ziel das Reichsgericht mit der ihm eigenen weitherzigen Auslegung des § 110 des Strafgesetzes zu erreichen, aber es wurde nicht erreicht und die bedenkliche Urtheils-Praxis wurde wieder aufgegeben.

Verbieter man den Arbeitern den Streik, so liefert man sie hilflos den profitwüthigen Unternehmern aus, die 4 Millionen jährliches Einkommen haben wollen, wenn sie 2 Millionen haben, die 600 Proz. Dividenden anstreben, wenn sie 500 Proz. haben, während ihnen, wie den berühmten Gebrüder Zwanziger, ein Wochenlohn von 1,20 M. für ihre Arbeiter durchaus nicht zu niedrig erscheint, um daran noch eine weitere Reduktion von 20 J vorzunehmen.

Der jüngst verstorbene Bismarck war, wie bekannt, kein Arbeiterfreund. Darunter ihm doch der Puttkamer im Jahre 1886 seinen berühmten Streikerlaß produziert, den man heute beim Durchlesen nur noch als ein Papier voller Lächerlichkeiten findet. Aber Bismarck erklärte im Jahre 1878 im deutschen Reichstage, daß er jeden Verein unterstütze, der den Zweck hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern, denselben einen höheren Antheil an den Erträgen der Industrie zu gewähren und die Arbeitszeit nach Möglichkeit zu verkürzen. Seien doch solche Vereine in Deutschland nichts Neues, wo sie schon zu Anfang des 14. Jahrhunderts in den großen Städten von Breslau bis Kolmar bestanden und Lohnkämpfe mit den Meistern geführt haben. „Also diese Streiks sind“, fuhr Bismarck sodann fort, „wie heute, schon damals den Meistern gegenüber zur Geltung gekommen. Man hat sie mit wechselndem Glücke geführt. Bald haben die Meister mit dem heutigen Lockout (Aussperrung) geantwortet, bald haben sie nachgegeben, bald sind sie vertrieben worden aus

der Stadt und die Gesellen haben sich des Handwerks bemächtigt. — Das war die rückhaltlose Anerkennung der Arbeiterbewegung.

Aber was sprach denn der Kaiser selber vor 9 Jahren? In einer Ansprache an die Deputation der Grubenbesitzer des Ruhrkohlenreviers erklärte er am 16. Mai 1889:

„Ich betrachte es als meine königliche Pflicht, den Theilnehmenden, den Arbeitgebern sowohl wie den Arbeitern meine Unterstützung bei vorkommenden Meinungsverschiedenheiten in dem Maße zuzuwenden, in welchem sie ihrerseits bemüht sind, die Interessen ihrer gesammten Mitbürger durch Pflege ihrer Einigkeit untereinander zu fördern und vor Erschütterung zu bewahren.“

„Es ist ja menschlich natürlich, daß Jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen Zeitungen und wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zu dem Gewinn der Gesellschaften steht. Daß sie mehr oder weniger daran Theil haben wollen, ist erklärlich.“

An diesem Verhältnis hat sich seitdem nichts geändert, es ist nur in Folge der blühenden Prosperität für die Kapitalisten noch günstiger geworden. Geändert, gründlich geändert haben sich allerdings in der Zwischenzeit die Anschauungen des Kaisers über die Arbeiterfrage.

Der Kaiser redete in Dohnhausen auch von seinen „neuen Westfalen“. Es sei hier daran erinnert, daß 1889 die oben zitierte Ansprache und 1890 die kaiserlichen Erlasse, sowie die Vorlage betreffend die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Großkapitalisten in Westfalen und im Rheinland derartig in Wuth versetzten, daß ihr Hauptorgan, die „Kölnische Zeitung“ schrieb, „man werde seine monarchische Gesinnung revidiren müssen“.

Damals begegnete man auch in manchem bürgerlichen Blatte dem Worte vom „Arbeiterkaiser“.

Und heute? Heute kann man vielleicht in anderen Blättern dem Worte vom „unternehmerfreundlichen Kaiser“ und der Erklärung begegnen, nun „werden die Arbeiter ihre monarchischen Gefühle revidiren“.

Jede Sache hat eben ihre zwei Seiten und allzu scharf macht scharf. Der Kampf gegen die Armen kann nicht ohne Folgen auf allen anderen Gebieten geführt werden.

Das Zuchtthaus für den Streik — für die Armen, die sich um mehr Brod für sich und ihre Kinder, für ihre ehrliche Arbeit wehren —, diese Proclamation vom 6. September 1898 ist von geistlicher Bedeutung!

Die Fabrikinspektion in Preußen 1897.

II.

Unter der Berichterstattung über die Erhebungen betr. des sanitären Maximalarbeitstages hat der übrige Inhalt der preussischen Gewerbeaufsichtsberichte erheblich gelitten; doch machen die Berichte den Eindruck, als habe auch die Zensur des Ministeriums gewaltet und zwar in Rücksicht auf den begrenzten Raum der Veröffentlichung, womit die Nachricht übereinstimmen würde, daß die preussischen Berichte, die diesmal 775 Seiten umfassen, künftig zweibändig erscheinen sollen. Hoffentlich wird dann auch einem früheren Erscheinen der Berichte Rechnung getragen. Auch die Statistik ist höchst verbesserungsbedürftig. Eine einheitliche Tabelle über die Zahlen der unterstellten Betriebe und erwachsenen Arbeiter vermischen wir noch immer; nur 15 von 27 Aufsichtsbeamten geben die Zahlen der Betriebe und 17 die der Arbeiter wieder, wobei auch nicht immer der Unterschied zwischen Fabrikbetrieben und besonders unterstellten Betrieben (Bäckereien, Konfektionsbetriebe etc.) auseinandergehalten wird. Revidirt wurden 44,008\* (38,636) Betriebe mit 1,543,971 (1,059,068) männlichen und 271,136 (252,068) weiblichen erwachsenen, sowie 110,879 (87,192) jugendlichen Arbeitern. Die prozentualen Revisionsziffern haben wir in ihren Schwankungen bereits mitgetheilt. Erwachsene Arbeiterinnen wurden in 18,621 (17,124) Fabriken in der Zahl von 337,504 (318,485) beschäftigt; ihre Zunahme betrug 6 Proz. (1896: 5,2 Proz.), die der Fabriken aber 8 Proz. (10 Proz.). Weiter wurden in 23,136 (21,955) Fabriken 132,352 (121,266) jugendliche und 1359 (988) Kinder beschäftigt; hier haben die Fabriken um 5,4 Proz. (5,8 Proz.), die jugendlichen um 9,1 Proz. (9,3 Proz.), die Kinder aber um 37,5 Proz. (22,7 Proz.) zugenommen. Die Vermehrung der jugendlichen und Arbeiterinnen steht also auf der gleichen Höhe, wie

im Jahre 1896, ein Beweis, daß die günstige Konjunktur noch anhält und die Industrie noch ein reges Bedürfnis nach Arbeitskräften hatte. Auch die Zahlen der erwachsenen Arbeiter sind in den Bezirken, aus denen uns die Ergebnisse vorliegen, erheblich gestiegen, besonders im großindustriellen Westen.

Der Verkehr der Aufsichtsbeamten mit den Arbeitern leidet in Preußen nicht an jener bureaukratisch-arbeiterfeindlichen Abgeschlossenheit, wie sie sich bei den sächsischen Beamten bemerkbar macht. Wohl betont hier und da ein Bericht, daß der direkte Verkehr mit den Beschwerdeführern dem durch Organisation und Kommissionen vermittelten vorzuziehen sei, — das sind eben Erfahrungsaussichten, denen auch wieder entgegengesetzte Urtheile gegenüber stehen, — aber kein Beamter hat sich geweigert, vermittelte oder anonyme Beschwerden entgegenzunehmen und weiter zu verfolgen. Auch sonst herrschen gute Beziehungen zwischen Inspektion und Arbeiterschaft; nur der Schleswiger Gewerbeberath kann es sich nicht verlagern, seinem Bericht einen gewerkschaftsfeindlichen Beigeschmack zu verleihen, indem er mehrfach von „sozialdemokratischen Agitatoren“ und Sendlingen schreibt und seine Genugthuung darüber äußert, daß die Flensburger Wäcker die Organisationsversuche der Verbandsagitatoren zurückgewiesen hätten. Auch bezeichnet er geschmackvoll die Forderung eines Minimallohnes als „Prämie auf die Trägheit“, ganz vergessend, daß die Beamtengehälter ja ebenfalls auf dem Prinzip des Minimallohnes beruhen und daß, was für festangestellte Beamte recht, doch auch für die allen Schwankungen des Arbeitsmarktes ausgelegten Arbeiter billig sein muß. Der Doppelner Bericht theilt mit, daß der Inspektor für Bentzen gegen den Redakteur der sozialdemokratischen „Gazeta Robotnica“ wegen Beleidigung Strafantrag gestellt und dessen Verurtheilung erwirkt habe. Bei der nicht zum Wenigsten durch das eigenthümliche Verhalten der Behörden im oberschlesischen Industriebezirk geschaffenen gespannten Beziehungen sind solche gelegentliche Reibungen ebenso erklärlich, als unvermeidlich.

Dagegen verhalten sich noch manche Unternehmerrunde der Inspektion gegenüber feindselig, weil sie diese (nach dem Koblenzer Bericht) „als einen unzulässigen Eingriff in ihre Rechte betrachten.“ Der Schleswiger Beamte berichtet von wiederholten Aeußerungen der Fabrikanten; „es wären nun genug Verbesserungen geschehen; gutwillig brächten sie weitere nicht zur Ausführung.“ So werden sie es eben gezwungen thun müssen; die Stellung des Unternehmerrhythms zum Arbeiterschutz wird dadurch genugsam gekennzeichnet. Der Magdeburger Beamte begegnete bei einer Revision gar thätlichem Widerstand der beiden Fabrikbesitzer, und der Koblenzer Beamte, auf dessen Anzeige ein Unternehmer wegen Nichterfüllung der behördlichen Anordnungen zu 32 M. Geldstrafe bestraft wurde, erhielt von diesem sogar einen Brief, worin derselbe das Geld von dem Beamten zurückforderte, da „an solchem Geld kein Glück für den Staat hängen könne!“ Welche naive Dreistigkeit! Das onkant terribles der Inspektion waren auch diesmal die Ortspolizeibehörden, von deren Mitwirkung leider die Inspektion abhängig ist. Die Berichte enthalten höchst bezeichnende Kritiken über die Gesetzeskenntnis und Zuverlässigkeit der unteren Behörden und es ist gewiß verständlich, wenn zahlreiche Aufsichtsbeamte trotz der gegenwärtig hohen Belastung der Inspektion wünschen, daß die Genehmigungen von Ueber- und Sonntagsarbeit der Kontrolle der Aufsichtsbeamten unterstellt würden, da die Behörden von ihrer Bewilligungsbefugnis vielfach einen ausgiebigen und ungerechtfertigten Gebrauch machten. Im Bezirk Potsdam erhielt z. B. ein Privatunternehmer für militärische Lieferungen „aus öffentlichem Interesse“ Sonntagsarbeit bewilligt, worüber der Potsdamer Bericht konstatirt, daß hierbei die Behörden das militärpolitische, bezw. finanzielle Interesse eines einzelnen Truppenheils mit dem öffentlichen Interesse verwechselt hätten. Auch die statistische Mitarbeit der Polizeibehörden weist die alten Mängel auf. Der Aachener Beamte ist gezwungen, zur 1896er Unfallstatistik 475 zu spät gemeldete Unfälle nachzutragen, und der Schleswiger Beamte, der die Stichprobe auf die Zuverlässigkeit der polizeilichen Unfallmeldungen machen wollte und deshalb Ende 1897 die genaueren Nachweissungen einforderte, fand, daß die Behörden 230 Unfälle zu wenig gemeldet hatten, — ein neuer Beweis der Unzuverlässigkeit der polizeilichen Statistik. Und noch ein weiterer Vorwurf gegen die Polizeibehörden ist in den Berichten zu finden, nämlich der der allzumilden Behandlung der industriellen Arbeiterschutzübertreter, eine Klage, die sich übrigens auch gegen die thatsam bekannte Praxis der bürgerlichen

Gerichte richtet. Da schreibt der Arnberger Beamte: „Ueberhaupt tritt in der Beurtheilung von Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze bei den Polizeibehörden, wie bei den Gerichten meist eine den industriellen günstige Auffassung zu Tage, welche geneigt scheint, der sozialen Gesetzgebung keine besondere Wichtigkeit für das Wohl der arbeitenden Klasse beizulegen und Zuwiderhandlungen als mehr oder weniger belanglos anzusehen.“ Und der westpreussische Beamte berichtet: „Für Vergehen gegen Arbeiterschutzbestimmungen setzen die Gerichte in der Regel so niedrige Strafen fest, daß sie nicht als angemessene Sühne für die Straftthaten angesehen werden können. Die Arbeiterschutzgesetzgebung und die zu ihrer Ausführung berufenen Organe werden den Unternehmern gegenüber in Mißkredit gebracht, wenn bei Vergehen, deren Bestrafung sie herbeigeführt haben, die Straffestsetzung gewissermaßen unter dem Ausdruck des Bedauerns erfolgt.“ Ähnliche Kritiken finden wir auch noch in anderen Berichten und die Klagen sind keineswegs neu, sondern sie werden seit Jahren wiederholt, ohne daß eine andere Strafpraxis Platz gegriffen hätte. Die Behörden und Gerichte haben eben eine andere Auffassung von Sozialreform und Staatsraison, als die Aufsichtsbeamten und der Fall steht wohl einzig da, daß der Düsseldorfener Regierungspräsident die Oberstaatsanwälte ersuchte, die Amtsanhälte anzuweisen, bei Verhängung allzu niedriger Geldstrafen in jedem einzelnen Falle Berufung einzulegen. Herr v. Köller hätte das schwerlich gethan. So lange nur bürgerlich zusammengesetzte Gerichte über solche Straftthaten zu entscheiden haben, wird gegen die Unternehmer gewiß nicht mit dem Höchstmaße der Straffestsetzung vorgegangen werden. Es wäre angebracht, in Arbeiterkreisen die Forderung mit Nachdruck geltend zu machen, daß die Gewerbeordnungsvergehen der Zuständigkeit der Gewerbegerichte überwiesen würden, wozu natürlich eine gesetzliche Reform und die Errichtung von Strafkammern bei diesen Gerichten nothwendig würde. Die Mitwirkung von Arbeitern bei solchen Entscheidungen würde sicher dem Arbeiterschutz förderlicher sein.

Ueber die Zahlen der Betriebe in der Metall- und Maschinenindustrie, die weibliche und jugendliche Arbeiter beschäftigen, gibt folgende Uebersicht Auskunft.

Table with 3 columns: Category, Metallind., Masch.-Ind. and 339, 8182, 2568, 14662, 82.

In der Metallindustrie sind die Anlagen mit Arbeiterinnen seit dem Vorjahre um 21 zurückgegangen, während sich die Arbeiterinnen um ca. 1200 = 7,4 Prozent vermehrten. Die Anlagen mit jugendlichen sind dagegen um 196, die jugendlichen selbst um 1330 = 6,4 Proz., die Kinder um 46 = 33,6 Proz. gestiegen. In der Maschinenindustrie haben sich die Anlagen mit Arbeiterinnen um 2, die Arbeiterinnen um 1188 = 17 Proz. vermehrt, während die Anlagen mit jugendlichen um 196, die jugendlichen um 1722 = 13,3 Proz., die Kinder um 32 = 64 Proz. zunahmen.

Auch diesmal tritt die enorme Zunahme der Kinderarbeit am schärfsten hervor, wozu der ostpreussische Bericht bemerkt: „Diese Erscheinung ist um so beklagenswerther, als in allen Fällen, in denen Kinder in Fabriken angetroffen wurden, auch Verstöße gegen § 135, Abs. 2 d. G. v. O. festzustellen waren. In keinem Falle ließen sich die Unternehmer an der gesetzlich 6stündigen Beschäftigungsbauer genügen; vielmehr wurden die Kinder in den für jugendliche statthaften Grenzen beschäftigt.“ Wenn der ostpreussische Beamte die Zunahme der Kinderarbeit auf Arbeitermangel in jenen Distrikten zurückführt, so hängt das jedenfalls schwerlich mit der häufig beklagten Westengängerei zusammen, denn gerade die westlichen Provinzen haben die größte Zunahme der Kinderarbeit zu verzeichnen, allen voran der Bezirk Düsseldorf mit einem Mehr von ca. 70 Prozent. Auf alle in den Berichten mitgetheilten Fälle trasser Kinderausbeutung einzugehen, ist uns unmöglich; nur einige seien erwähnt. So fand der Arnberger Beamte auf einem größeren Werk allein 56 Kinder- und jugendlichen Vergehen, darunter Beschäftigung bis zu 15 1/2stündiger Dauer in 13 Fällen. In einer Eisengießerei im Bezirk Wiesbaden wurden 2 Kinder von 10 und 12 Jahren als Gußpußer verwendet und ein Unternehmer im Bezirk Berlin vertraute einem Knaben sogar die Wartung des Dampfkessels an. Der Wiesdener Gewerbeberath wies seine Beamten an, der beliebten Unternehmerrausrede daß die bei Revisionen

\* In Klammern die Ergebnisse für das Jahr 1896.

erwischten Kinder ohne Vorwissen der Betriebsinhaber ihren Eltern bei der Arbeit helfen, hinfort keinen Glauben mehr zu schenken, sondern das Strafverfahren einzuleiten. In den Fabriken sind aber nur die wenigsten Kinder beschäftigt; die meisten werden in kleinen Werkstätten und in der Hausindustrie in unerhörter Weise ausgenutzt. Der Erfurter Beamte berichtet, „daß die kleinen Betriebsunternehmer beständig den Versuch wiederholen, durch billige Kinderkraft sich der größeren Konkurrenz gegenüber wettbewerbsfähig zu erhalten. Vielmehr als in Fabriken sind schulpflichtige Kinder, namentlich in Mühlenhäusern, in allerhand sonstigen Gewerbebetrieben und zur Aufwartung gebraucht worden, so daß sich der Regierungspräsident veranlaßt sah, die Polizeiverwaltung der genannten Stadt zum Erlaß einer Verordnung aufzufordern, wie sie seit Juni 1896 in Spandau besteht.“ In Hferlohn soll zwar die Zahl der Hausindustriekinder in der Nadelindustrie auf 514 zurückgegangen sein, doch fehlt es an genügenden Angaben über die Hausindustrie anderer Orte, wie Lüdenscheid, Reheim und Kreis Wittgenstein, welche die Hferlohnner bedeutend übertreffen soll. Beschäftigt doch eine Lüdenscheider Firma allein 200 Familien. Der Arnshberger Bericht konstatirt: „Die in Fabriken gesehlich verbotene Kinderbeschäftigung wird in Zeiten flotten Geschäftsganges in die Hausindustrie verlegt.“ In Nachen endlich sollen 4—5000 Kinder hausindustriell beschäftigt sein. Die im Vorjahr erwähnte Schulverordnung, deren Nichtigkeit wir voraussehen, hat auch wirklich nichts geholfen, denn die alten Uebelstände bestehen im Wesentlichen weiter. Im Bezirk Düsseldorf kamen sogar entsetzliche Zustände zur behördlichen Kenntniß, wonach in einem Orte Eltern ihre eigenen Kinder nach der Schulzeit bis täglich 10 oder 11 Uhr Abends, sogar öfters bis 2 und 3 Uhr Nachts mit der Herstellung von Zündholzschachteln beschäftigten. Der dortige Regierungspräsident soll daraufhin den Erlaß polizeilicher Vorschriften gegen mißbräuchliche Ausnützung von Kindern in die Wege geleitet haben und der Düsseldorfer Gewerbeberath hofft auf Abhilfe durch einen speziellen Kinderschutz im Anschluß an die bekannten vorjährigen Erhebungen. Nicht viel besser wird dem Schutze der Jugendlichen Beachtung geschenkt. Die Zahl der Kinder- und Jugendschutzvergehen stieg seit 1896 in 4468 Anlagen von 9895 auf 10,045 Fälle, wovon in 515 Betrieben der Metallindustrie 1143 und in 357 Betrieben der Maschinenindustrie 846 Vergehen ermittelt wurden. Bestraft wurden im Ganzen nur 691 Personen (133 weniger als im Vorjahre), davon in den beiden Industrien 85, bezw. 49 Personen. Im Bezirk Breslau dagegen wurde ein Betrieb (Kunstschloßerei) mit 38 Arbeitern, darunter 5 Knaben unter 14 Jahren, 10 jugendlichen und 23 erwachsenen Arbeitern, als handwerksmäßiger Betrieb erachtet, obwohl die Lohnsumme jährlich 32,000 M. betrug. Wo fängt denn da der Fabrikbetrieb an?

Daß in Schlossereien besonders die Lehrlingszüchterei grassirt, bestätigen die Berichte für Westpreußen und Liegnitz. Auch in Torgelow, wo es am Schluß des Berichtsjahres zum bekannten Streik kam, herrschen nach dem pommerischen Bericht ungünstige Lehrlingsverhältnisse. Es heißt da: „In den 10 dort vorhandenen Gießereien werden die Lehrlinge hauptsächlich als billige Arbeitskraft verwendet. Eine regelrechte Ausbildung zu Formern findet nur in sehr beschränktem Maße statt. In der Hauptarbeitszeit von März bis Oktober, wo Mangel an billigen Maschinenformern herrscht, sucht eine Fabrik der anderen die Arbeitskräfte, namentlich Lehrlinge, die bereits 1 Jahr gearbeitet haben, dadurch zu entziehen, daß sie diese Burschen als Gießereiarbeiter einstellt. Die Folge ist, daß ein großer, als Former höchst mangelhaft ausgebildeter Arbeiterstamm herangezogen wird, der eben nur aus Maschinenformern, d. h. Handarbeitern besteht und den höheren Lohn besserer Former nie erreicht. Das ist um so bedauerlicher, als in diesem Industriezweige bisher verhältnismäßig gute und solide Arbeitsverhältnisse (?) bestanden. Es hängt dies wohl damit zusammen, daß die Industrie in Torgelow in kurzer Zeit unverhältnismäßig schnell gewachsen ist.“ Gewachsen in Folge unerhörter Ausbeutung und erbärmlicher Entlohnung der Arbeitskräfte, die schließlich im Verein mit der Ausbeutungs- und Ausbeutungssyrannei der Unternehmer den Streik herbeiführte.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Berufen, die früher ausschließlich Männern Arbeit boten, machte auch im Berichtsjahre Fortschritte. So wurden solche in vermehrtem Maße in Schrauben- und Mutter-, Fahrrad-, Kleinteile-, Kufstollen-, Flaschenkapsel- u. Fabriken verwendet. Der Erfurter

Beamte, der auf dieses Vorrücken der weiblichen Arbeitskraft besonders hinweist, bemerkt dazu: „Wie bei den jugendlichen männlichen Arbeitern die Abneigung gegen die Lehre beim Handwerksmeister, so wächst beim Mädchen die gegen das Dienstverhältnis in der Familie. Derselbe Vorgang, der sich geräuschvoll im Kreise der mehr bemittelten Frauen und Mädchen abspielt, wiederholt sich, nur bemerkbar für die Statistik, bei denen der weniger bemittelten Klassen.“ Die Rechtslosigkeit der Frauen und Mädchen im Gesindeverhältnis ist freilich am wenigsten geeignet, Vorliebe für den häuslichen Dienst zu erwecken. Der erhöhten Ausnützung der Arbeiterinnen entspricht auch die Zunahme der Arbeiterinnenbeschwerden von 3221 auf 3455 Fälle, die in 1368 Anlagen ermittelt wurden. Die Metall- und Maschinenindustrien sind mit 68 und 17 Vergehen in 41, bezw. 13 Anlagen beteiligt. Bestraft wurden 156 Personen (107 weniger, als im Vorjahre). Ein schwacher Fortschritt des Arbeiterinneschutzes machte sich im Berichtsjahre dadurch bemerkbar, daß für Arbeiterinnen die möglichste Beschaffung von Sitzgelegenheit angeordnet wurde. Das machte zunächst bei gewissen Unternehmern böse Stimmung und besonders in Schrauben- und Mutterfabriken bereiteten sie der Neuerung erheblichen Widerstand, weil sie eine Abnahme der Arbeitsleistungen befürchteten. Wo die Art der Arbeit absolut mit sitzender Beschäftigung unvereinbar war, da wurde wenigstens darauf hingewirkt, den Arbeiterinnen während der Pausen Sitzgelegenheit zu geben.

Der Erfurter Beamte, der dem Sittlichkeitschutz der Arbeiterinnen seine besondere Fürsorge widmet, weiß wieder von Fällen der Verführung und Beleidigung von Arbeiterinnen durch Arbeitgeber zu berichten. Würden alle Aufsichtsbeamten in der gleichen Weise Material sammeln, so käme bald eine Schandliste zusammen, die hinreichen würde, den Reformeifer der Regierung zu baldiger Verwirklichung der bereits dem Reichstage unterbreiteten Schutzbestimmung für Arbeiterinnen gegen Mißbrauch der Unternehmerautorität anzuspornen.

**Aus der Schweiz.**

Die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes.

Der jüngst für die zwei Jahre 1896 und 1897 erschienene Amtsbericht der schweizerischen Fabrikinspektoren hat diesmal einen außergewöhnlichen Umfang erreicht; er bildet nämlich einen stattlichen Band von 400 Seiten, der allerdings auch zum ersten Male den Bericht des 1896 geschaffenen Bergwerksinspektors enthält. Ferner enthält er noch in französischer und deutscher Sprache nicht weniger als 7 vom Fabrikinspektorat aufgestellte neue Anleitungen zur Verhütung von Unfällen und gesundheitlichen Gefahren in einer Reihe von Industrien, sowie endlich eine chemisch-analytische Untersuchung der Phosphorzündmasse in der Zündholzindustrie.

Alle drei Fabrikinspektoren geben wieder wie früher eine Uebersicht über die Geschäftslage und die Entwicklung der verschiedenen Industrien in der Berichtsperiode. Darnach ist die Baumwollindustrie, welche die schlechtesten Löhne zahlt, die längste Arbeitszeit hat und zu einem großen Theile noch mit alten Maschinen arbeitet, weiter zurückgegangen, eine Reihe anderer Zweige der Textilindustrie konnte dagegen nicht klagen und die meisten übrigen Industrien, wie die Maschinen-, Holz-, Schuh-, Leder-, Uhrenindustrie u. hatten gute Zeiten und konnten sich weiter entwickeln. An neuen Industrien wurden u. A. eingeführt: Die Erzeugung von Calcium-Carbid, von Sauerstoff und Wasserstoff auf elektrolytischem Wege, Romanzementfabrik, Produktion von Chloraten, Anstalt für Verzinkung von Eisentöhren, Gummiwaarenfabrik, Stahlfederfabrik und eine Fabrik für Sicherheitszündhölzer.

Diese Fortentwicklung der schweizerischen Industrie bekundet sich auch, wenn man die Fabrikstatistik von 1897 mit derjenigen von 1895 vergleicht. Darnach wurden gezählt:

	1897	1895
Fabriken	5494	4933
Arbeiter	209 920	200 199
Pferdekraften	180 300	152 718

Leider ist in den Berichten selbst — obige Zahlen für 1887 habe ich dem „Schweizerischen Bundesblatt“ entnommen — die Statistik so mangelhaft, daß eine Auscheidung für die Metall- und Maschinenindustrie nicht gemacht werden kann; Dr. Schuler z. B. führt beide Industrien vereinigt an, aber nur die Arbeiter in der Unfallstatistik, über die Zahl der Etablissements wird gar nicht berichtet. Nach einer mühsamen Zusammenstellung ergab sich, daß Ende 1896 in den beiden Industrien 34 698 gegen 33 857 Arbeiter

in 1895, also um 841 mehr beschäftigt waren. 1895 arbeiteten in 234 Etablissements der Metallindustrie 9936 und in 396 Etablissements der Maschinenindustrie 23 921 Arbeiter. In der Uhrenindustrie arbeiteten 1896 16 909 Arbeiter, 1895 waren es 16 334, welche in 488 Etablissements thätig waren; hier hätten wir eine Zunahme der Arbeiterzahl um rund 600, ein gewiß untrügliches Zeichen der Weiterentwicklung dieser Industrie.

Vergleichen wir die Zahlen in der obigen kleinen Tabelle für die gesammte Industrie, so zeigt sich, daß in den 2 Jahren von 1895 bis 1897 die Zahl der dem Fabrikgesetz unterstellten Etablissements um 561, die Zahl der Arbeiter um 9721 und die Zahl der Pferdekraften um 27 582 gestiegen ist. Das ist ein verhältnismäßig gewaltiges Anwachsen der Industrie, relativ bedeutender als das der bayerischen Industrie und eine unanfechtbare Widerlegung aller der verlogenen Jeremiaden und biswilligen Behauptungen der Kapitalisten und ihrer Handlanger über die angebliche Decimträchtigung der Industrie durch das Fabrikgesetz. Speziell aus der bedeutenden Steigerung der Zahl der Pferdekraften ist zu erkennen, daß es sich bei diesem bedeutenden Aufschwung hauptsächlich um die industriellen Mittel- und Großbetriebe handelt.

Trotz dieser günstigen Gestaltung der Industrie unter dem Fabrikgesetz gibt es noch immer Unternehmer, die sich dagegen sträuben und alle, auch unjaubere Mittel benutzen, um sich den ihnen so unbequemen gesetzlichen Vorschriften zu entziehen. So werden, namentlich in der Stickerindustrie einzelne Theile des Geschäftes an Arbeiter „verpachtet“, um diese als Geschäftsinhaber erscheinen zu lassen und den Betrieb so zu verkleinern, daß er nicht unter das Fabrikgesetz gestellt werden kann. Ein Zündhölzchenfabrikant übertrug durch „Vertrag“ einem Lunker gleich das ganze Geschäft, damit er ihn, der vom Arzte als disponirt für die schreckliche Phosphornekrose befunden worden war, nicht wieder entlassen, aber auch nicht die Haftpflicht übernehmen mußte. Inspektor und Regierung wiesen nach, daß ein Scheinvertrag vorliegt und der Lunker mußte infolge dessen nicht nur seine falsche Fabrikantenherrlichkeit, sondern auch die Lunkerstelle wieder aufgeben. Auch in andern Industrien werden solche oder ähnliche Schwindereien versucht. In vereinzelt Fällen, berichtet Dr. Schuler, wird ein exquisit industrieller Betrieb als ein landwirthschaftlicher bezeichnet, einzig weil ihm die Landwirthschaft den Rohstoff liefert. Wo aber all dies nichts hilft, wird das abgewiesene Streichungsgesuch der Polizei vorgewiesen mit der Behauptung, die Sache sei noch pendent und so lange dürfe das Gesetz nicht angewendet werden. „Es ist mehr als einmal vorgekommen, daß sich die gutmüthige Polizei dadurch irre führen ließ.“ In andern Dingen ist sonst die Polizei auch in der Schweiz nicht gerade übermäßig „gutmüthig“.

Aber sie entgehen trotz alledem dem Gesetze doch nicht. Wo sie sich dem Fabrikgesetz entziehen können, da kommen viele dieser kleinen Betriebe unter die kantonalen Arbeiterchutzgesetze, die jetzt bald in allen größeren Kantonen bestehen und die zum Theil mit ihren Vorschriften noch weiter gehen als das Fabrikgesetz.

Die Zahl der 1897 von den Inspektoren und ihren Beamten — insgesamt 10 Mann — ausgeführten Revisionen betrug 6164, um 776 mehr als Betriebe vorhanden sind. Wie weit ist von einer solchen umfassenden Revisionsthätigkeit noch z. B. Bayern entfernt!

Ueber den Verkehr mit den Unternehmern werden sehr erbauliche Dinge erzählt. So wurde von den Aufsichtsbearbeitern verlangt, daß sie ihre Besuche vorher anmelden mögen. Das wurde natürlich abgelehnt, aber dafür verständigen die Herren untereinander sich selbst per Telephon von der Anwesenheit des Inspektors. Darauf wird in sehr plausibler Weise auch die Meinung der Arbeiter zurückgeführt, daß die Inspektoren wirklich vorher ihr Erscheinen anzeigen. Zu einem Renitenzfall wurde dem Beamten der Zutritt zur Fabrik verweigert, weil der Besitzer abwesend war. Ein Fabrikdirektor verweigerte die Auskunft über eine eingegangene Beschwerde. Ein Fabrikant weigerte sich, die ihm vom Fabrikinspektor zugesandte „Belehrung für die Arbeiter in denjenigen Betrieben, in welchen Blei oder dessen Verbindungen verarbeitet oder verarbeitet werden“, an seine Arbeiter zu vertheilen, da ihm nicht zuzumuthen sei, daß er das Mißtrauen, welches die Arbeiter überhaupt gegen den Arbeitgeber hegen, noch zu vermehren suche, was die Sozialpolitiker mit jedem Mittel zu erstreben trachten (!). Der Inspektor erzwang aber die Vertheilung. Ein Friedensrichter und ehemaliger Zigarrenfabrikant meinte, das Inspektorat habe für die Zigarrenindustrie keinen Werth, weil keine Unfälle vorkämen und die Leute nicht ausgebeutet würden (sie verdienen etwa 2 Fr. pro Tag!) und weil bei der

guten Luft im Wynthale besondere Lüftungseinrichtungen nicht nöthig seien. Das Verlangen nach Ventilationsklappen wurde von anderen Fabrikanten als Chifane, dummes Zeug oder als Liebhaberei des Inspektionsbeamten bezeichnet. Ein Webereibesitzer leugnete dreist ab, daß die Weberschiffchen heraus-springen und im gleichen Augenblicke flog eines dem Inspektor Dr. Schuler knapp vor den Augen vorbei. Für die Richtigkeit und Gleichgiltigkeit der Unternehmer führt derselbe Beamte als Beweis die Aeußerung eines anderen Webereibesitzers ihm gegenüber an: „Glauben Sie, ich hätte einen Schützenfänger der Arbeiter und nicht der Fenster wegen angebracht?“ Ein Fabrikdirektor leitete ein Baugesuch mit den Worten ein: „Um ein, der neuen . . . Maschine würdiges Lokal zu erstellen“ zc., also nicht etwa aus hygienischer Rücksicht auf die Arbeiter. Die Befragung der Arbeiterinnen in Sachen der Freigabe des Samstag-Nachmittags durch den Fabrikdirektor direkt, also „hinter ihrem Rücken“, hielten manche Unternehmer für unzulässig, während andere das ganze Vorgehen als Annahme der Inspektion bezeichneten. Dr. Schuler führt eine Reihe von Beispielen dafür an, wie unzufälle, unglückliche Arbeiter durch schufstige Unternehmer noch schmächtig um ihre Haftpflichtentschädigung betrogen werden. So verschwand ein solcher, als er zur Zahlung von 5000 Fr. Entschädigung an den Arbeiter verurtheilt ward. Ein Anderer bezog von der Unfallversicherung die dem Arbeiter zugekommene Entschädigung, behielt sie aber für sich, kam dann in Konkurs und der arme Arbeiter erhielt nichts. Vielfach ließen sich Betriebsleiter ein unanständiges Benehmen gegen die Inspektionsbeamten zu Schulden kommen. Der Schaffhauser Inspektor Rauschenbach meint trotzdem, daß im Allgemeinen der Verkehr mit den Unternehmern ein befriedigender war, obgleich naturgemäß auch diejenigen, welche den Inspektor gerne kommen sehen, froh sind, wenn er wieder geht, wie ihm ein Fabrikant aufrichtig bemerkte. Manche Fabrikanten stellten aber den Aufsichtsbeamten den Arbeitern förmlich vor und forderten sie auf, allfällige Wünsche bekannt zu geben, wobei sie sich entfernen, während andere wieder die Unterhaltung mit den Arbeitern sehr mißtrauisch beobachteten. Nicht selten wird der Beamte vom Arbeitgeber ersucht, die Leute über ihre Stellung zum Fabrikgesetz, über die durch dasselbe eingeräumten Rechte, sowie über die bezüglichen Pflichten zu belehren. Der Verkehr mit den Arbeitern ist stets ein sehr reger, was schon aus der Zahl der Audienzen hervorgeht, deren der Schaffhauser Beamte allein 620 in den zwei Jahren ertheilte und zwar 2/10 für Arbeiter und 1/10 für Unternehmer; 1/6 der Besucher waren Frauen- personen. Derselbe Beamte hebt hervor, daß die Arbeiter in der Regel die Bemühungen der Fabrikinspektoren behufs Hebung von Mißständen anerkennen. Dieselben werden übrigens noch immer zahlreich angetroffen, zum Theil wieder auf's Neue, wie denn auch alle Vorschriften des Fabrikgesetzes noch mehr oder minder häufig übertreten werden. Wie schon oben angeführt charakteristischsten Fabrikanten-äußerungen hervorgeht, muß besonders in Bezug auf entsprechende Ausgestaltung der Arbeitsräume, der Ventilationseinrichtungen, der Schutzvorrichtungen zc. ein munterbrochener, geradezu ermüdender und ent-muthigender Kampf gegen Unverständnis, Bornirtheit, Böswilligkeit und Aniederigkeit geführt werden. Wie notwendig aber dieser Kampf ist, zeigt die fortwährende Zunahme der Unfälle, die in den 2 Jahren von 1895 und 1896 nicht weniger als 20,053 nur in den Fabriken betragen, während die Zahl der in anderen Betrieben (auch Banen zc.) vorgekommenen Unfälle, welche nicht unter dem Fabrikgesetz, sondern nur unter dem Haftpflichtgesetz stehen, beinahe ebenso hoch ist. Die Zahl der arbeitsunfähigen Tage aus den Fabrikunfällen betrug 410,247, die Summe der dafür gezahlten Entschädigungen 4,127,760 Fr.; die Folgen der haftpflichtigen Unfälle dürften annähernd die gleichen gewesen sein. Auf die Uhren-, Metall- und Maschinenindustrie entfallen die meisten Unfälle mit 8642, welche 165,887 arbeitsunfähige Tage und eine Entschädigung von 1,307,698 Fr. zur Folge hatten. In welchem Maße sich fortwährend die Unfälle mehren, zeigt eine Zusammenstellung Dr. Schuler's, wonach angezeigt wurden:

Jahr	Fabrik-Unfälle	andere Unfälle
1890:	2931	2594
1891:	3057	2795
1892:	3457	2635
1893:	3385	2601
1894:	3896	2447
1895:	4193	3092
1896:	4818	3413

Trotz geringer Schwankungen hat in den sieben

Jahren eine bedeutende Steigerung der Unfälle stattgefunden. Nicht weniger als 35 Prozent der 7700 Unfälle im Schaffhauser Kreise wurden durch Ueberanstrengung herbeigeführt. Bezüglich der Konstruktion von Schutzvorrichtungen wird der deutschen Maschinenindustrie alle Anerkennung gezollt. Herr Rauschenbach schreibt: „Es scheint, als ob die inländischen Spezialisten im Fache noch bedeutend zu lernen hätten, indem die ausländische Konkurrenz immer mehr Boden gewinnt.“

Arbeitszeitverletzungen wurden 2577 gegen 2581 in 1894/95 bewilligt. Bußen wurden in 452 (1894/95 411) Fällen und zwar im Gesamtbetrage von 10,257 Fr. (9119 Fr.) verhängt. Dr. Schuler bemerkt dazu: „Von einer Berücksichtigung der Zahl der an einer Gesetzesverletzung theilgenommenen Arbeiter, der Dauer der Uebertretung bei Bestimmung des Strafmaßes ist in den meisten Urtheilen noch wenig zu spüren. Eine große Uebertretung hat alle Aussicht, rentabel zu sein. . . Zahl und Strenge der Bestrafungen hat etwas zugenommen; je auf den 15. Fabrikbesitzer trifft eine Bestrafung, in dem wegen seines strengen Gesetzesvollzuges vielzitierten England auf den 38. Aber eine Menge dieser Bußen sind so unbedeutend, daß ihre Wirkung Null ist; die seltenern, aber vielfach schweren englischen Strafen haben sicherlich einen besseren Effekt.“ Herr Rauschenbach, der nicht weniger die Penitenz und Böswilligkeit mancher Behörden kritisiert, kommt aber doch zum Schlusse, daß es mit der Durchführung des Fabrikgesetzes nicht so schlimm steht, wie man nach Auslassungen in der Presse wohl vermuthen könnte. Das ist jedenfalls richtig. Trotz der häufigen Uebertretungen, deren unentdeckte jedenfalls noch zahlreicher sind, wie die festgestellt, bilden sie eben doch nur Ausnahmen, während die ehrliebe Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften die Regel ist. Uebertretungen der Arbeiterschutzvorschriften werden aber auch in der Schweiz nach wie vor seltener aber häufiger vorkommen, wie anderwärts. — r.

### Thätigkeitsbericht des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern.

II.

Während die in Nr. 36 der „Met.-Ztg.“ gegebene Mitgliederstatistik für die Zeit vom 3. Quartal 1897 bis zum 1. Quartal 1898 aufgestellt ist, will ich den eigentlichen Thätigkeitsbericht auf das 2. Quartal 1898 ausdehnen, da durch die Reichstagswahlen die Thätigkeit in den Monaten Mai und Juni erheblich eingeschränkt wurde, also aus dem 2. Quartal nicht viel zu berichten ist.

Während des ganzen Zeitraumes sind 155 Besuche der einzelnen Orte erfolgt und zwar 103 durch mich selbst, 48 durch andere Kollegen. Hierbei bitte ich zu berücksichtigen, daß ich selbst mehr als 2 Monate durch Krankheit verhindert war, auf Reisen zu gehen.

Am häufigsten ist Torgelow von mir besucht worden. Das war der Streikleitung wegen unbedingt erforderlich, zur Ablösung des Kollegen Massatich und zur Fertigstellung der Streikabrechnung. Auf Torgelow entfällt fast die Hälfte der Zeit, welche ich selbst auf Reisen war, nämlich 48 Tage. Nächst Torgelow ist Lauchhammer am häufigsten besucht worden (9mal). Daß das nöthig, erhellt aus dem, was ich in einem besondern Artikel in Nr. 36 der „Met.-Ztg.“ sagte. Sodann folgt Lützenwalde mit 8maligem Besuch, Betschau und Steinitz mit je 5-, Straßburg, Rathenow, Potsdam, Rowanow, Gassen und Cottbus mit je 4maligem Besuch. Nur 1 Mal sind 11 Orte besucht worden, der Rest 2 bis 3 Mal.

Die Besuche hatten die verschiedensten Ursachen. Am seltensten sind diejenigen Fälle, wo es sich nur um Abhaltung von Versammlungen handelte. Es ist fast immer die organisatorische Thätigkeit damit verbunden gewesen, häufig auch Revisionen. Es würde viel zu weit führen, hier eingehend über alle die verschiedenen Ursachen zu berichten, oder etwa gar den Verlauf der Versammlungen zu schildern. Die wichtigsten Vorkommnisse waren der Torgelower und der Steinitzer Streik, über welche beide zur Genüge in der „Met.-Ztg.“ berichtet worden ist.

Demnächst dürfte es die Leser der „Met.-Ztg.“ am meisten interessieren, zu hören, daß in 4 Orten durch rechtzeitiges Eingreifen Streiks verhindert worden sind und wahrlich weder zum Schaden der Kollegen noch etwa des Verbandes.

In Gassen war Maßregelung die Ursache, verbunden mit dem Verlangen der Firma Th. Flöther nach schiefer Arbeitszeit. Es hatte fast den Anschein, als sollte der Verwaltung Gassen das Lebenslicht ausgeblasen werden. Durch Verhandlungen mit der Direktion, unterstützt durch eine Protestversamm-

lung, gelang es, die Gefahr abzuwenden und steht die Verwaltung jetzt besser da als je zuvor.

In Lützenwalde waren den Schleifern Lohnabzüge gemacht worden. Auch hier drohte Streik. Es wäre jedoch nicht möglich gewesen, durch einen Streik die Abzüge rückgängig zu machen. Es stand nicht nur die Organisation nicht auf der erforderlichen Höhe, sondern es wäre auch dem Fabrikanten zu leicht gelungen, Ersatz für die Ausständigen zu bekommen. Der Lohnabzug hatte jedoch den anderen Kollegen die Gefahr gezeigt, die Nichtorganisirten droht, und so ist durch energische Agitation die Mitgliederzahl bedeutend gestiegen. Es folgten später zwar noch Maßregelungen, doch sind die betreffenden Kollegen bald anderweit untergebracht worden.

Maßregelung erfolgte auch in Lauchhammer und zwar ist es hier der Bevollmächtigte gewesen, der sich den ganz besonderen Zorn des Herrn Direktors zugezogen hatte. Auch hier war gleich ein Streben nach Arbeitseinstellung, um die Wiederaufnahme des Bevollmächtigten zu erzwingen. In Anbetracht des Umstandes aber, daß gerade in Lauchhammer die Organisation sehr jung, die Leute wohl kaum schon der ganzen Tragweite eines Streiks auf einem so großen Werk sich bewußt, ferner aber die Wiedereinstellung eines bestimmten Arbeiters stets die am schwersten durchzusetzen Forderung ist, gelang es, die Kollegen von ihrem Vorhaben abzubringen. Uebrigens war der Gemäßregelte nicht lange ohne Arbeit und hat jetzt an seiner anderen Stelle um ca. 30 Proz. mehr Lohn als auf Lauchhammer.

Ein ganzer Rattenkönig von Chifanen seitens der Fabrikleitung war in Betschau Gegenstand der Differenzen. Lohnabzüge, Maßregelung, Verschlechterung der Fabrikordnung, Ueberstunden und wer weiß was noch Alles. Auch hier wäre es leicht zum Streik gekommen, der jedoch genau so aussichtslos war, wie in den anderen Fällen. Ist durch Verhandlungen mit der Direktion auch nicht Alles abgewendet, so ist es doch gelungen, die schlimmsten Zumuthungen zurückzuweisen. Genau wie in den anderen drei Fällen ist auch hier eine Zunahme der Organisation die Folge der richtigen Taktik.

Außer diesen Fällen sind noch eine Reihe unbedeutender Plänkereien beseitigt worden, wie sie eben überall vorkommen. Versuche angriffsweisen Vorgehens auf Verkürzung der Arbeitszeit sind in Brandenburg und Rathenow unternommen worden. Im ersteren Orte bei der Firma Gebr. Reichstein. Hier hat die Direktion dieser weltberühmten Firma (Brennabor-Fahrradwerke) es strikte abgelehnt, die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Es sind aber durch die Bewegung ebenfalls zahlreiche Kollegen dem Verbands zugeführt, so daß bei rühriger, emsiger Fortsetzung der Arbeit früher oder später dennoch der Erfolg nicht ausbleiben wird. In Rathenow werden die Kollegen die günstige Konjunktur abwarten. Es ist vor zwei Jahren mühelos — nach 3 Tagen Streik — gelungen, die 11stündige Arbeitszeit und Lohnherhöhungen durchzuführen, weil für diese Spezialarbeit so gut als kein Bezug denkbar ist. In den Großbetrieben ist auch durch bloßes Unterhandeln bereits der Zehn-Stundentag erreicht. Aber die große Zahl der Kleinbetriebe fehlt noch und dafür wird man eben die bessere Konjunktur abwarten müssen.

Der schriftliche Verkehr mit den Verwaltungen war ein lebhafter. In der Berichtszeit gingen bei mir an Postsendungen (Briefen, Drucksachen, Depeschen zc.) ein resp. aus:

	Eingänge	Ausgänge
4. Quartal 1897:	161	478
1. " 1898:	170	279
2. " 1898:	179	382
Summa	510	1134

Damit glaube ich alles Wissenswerthe den Kollegen unterbreitet zu haben. Ich kann mir meine Bitte wiederholen: Kollegen! Arbeitet tüchtig mit für die Ausbreitung und Entwicklung unserer Organisation.

Berlin, im September 1898.

Hermann Rohlfad.

### Der englische Trades-Union-Kongress.

Der 31. jährliche Trades-Union-Kongress wurde am Montag, den 29. August, in Colston Hall, Bristol, eröffnet. Es ist das zweite Mal, daß der Kongress in Bristol abgehalten wurde. Das erste Mal, 1878, waren 113 Delegirte anwesend, die 623,000 organisirte Arbeiter vertraten, während auf dem jetzigen Kongress 406 Delegirte 1,200,000 Mitglieder repräsentiren. Diese Zahlen zeigen den Fortschritt, den die Gewerkschaftsbewegung in 20 Jahren gemacht hat.

Wilkin eröffnete den Kongress im Namen des parlamentarischen Komitees und wies auf den Fortschritt hin, den die obigen Zahlen vorstellten. Die Zahl der Delegirten sei gegen voriges Jahr um 25 und die Mitgliederzahl um 91,000 gestiegen. Der Kongress konnte mit Zufriedenheit darauf blicken, besonders, da von verschiedenen Seiten prophe-

zeit worden ist, die Gewerkschaftsbewegung sei an ihrem Ende angelangt. Diese Prophezeiungen seien falsch. Die Geschäfte des Landes blühen und er hofft, daß die Gewerkschaften einen Antheil davon erhalten, und daß die produktiven Gesellschaften sich weiter ausdehnen, damit die Stellung der Arbeiter erhöht werde.

Dann begrüßte der Bürgermeister Sir Robert Simes die Delegirten in einer längeren Ansprache. Er freute sich, daß die materielle Stellung der Arbeiter gebessert worden ist, und daß sie die vollen Rechte und Vortheile des Bürgerrechts genießen.

Aus dem Bericht des parlamentarischen Komitees ist zu ersehen, daß während dem letzten Jahre sich viele Dinge ereignet haben, die für die industrielle Bevölkerung eine große Bedeutung haben. Wenn es auch nicht gelungen ist, ein Gesetz direkt durchzubringen, welches vom Kongreß befürwortet wurde, so seien doch in den Gerichtshöfen Gesetzesauslegungen gemacht worden, die für die Gewerkschaften von großer Wichtigkeit sind. Es müsse klar für jeden sein, der das Verfahren des Parlaments der letzten zwei oder drei Jahre beobachtet habe, daß es nutzlos sei, irgend welche aktive Reformen für die industrielle Bevölkerung zu erlangen, so lange das Parlament zusammengefaßt sei, wie es jetzt ist. Jede Maßregel, welche die Verbesserung der Arbeiterklasse, die Stärkung der Gewerkschaften, oder die Verhinderung von Monopolen verlangte, wurde summarisch behandelt und verworfen. Die Achtstundentag für Bergwerke, welche für den 27. April auf die Tagesordnung gestellt war, sei von der Regierung abgesetzt worden, trotzdem die Bergarbeiter 60 Deputirte in's Foyer des Parlaments geschickt hatten, um Stimmung unter den Abgeordneten für die Bill zu machen. Weiter wurde auf den Tod Gladstones, Harfords und Blimjolls hingewiesen, wodurch die Arbeiterklasse schwere Verluste erlitten hätte.

Das Komitee habe sich auch mit der Entlassung der vier Arbeiter von der Schiffswerke in Portsmouth beschäftigt. Mr. Goschen habe eine unzufriedene Antwort ertheilt, worauf S. Woods im Parlament die Reduzirung des Gehalts des Marineministers um 10 000 £ beantragte. Es gelang ihm nicht, das Marineministerium zu veranlassen, die vier Arbeiter wieder einzustellen, oder das System der Stückarbeit abzuschaffen.

Seit dem Kongreß in Birmingham sei von dem Haus der Lords (die erste Kammer) eine wichtige Entscheidung getroffen worden, nämlich, daß die Arbeiter vollständiges Recht haben, zu entscheiden, mit wem sie zusammen arbeiten wollen oder nicht. — Dieses bezieht sich auf Nichtgewerkschaftler und Streikbrecher.

Eine Resolution wurde angenommen, die den Minister des Innern ersucht, den Stadtverordneten David Morgan in Glamorgan, welcher wegen angeblicher Bedrohung von Streikbrechern zu zwei Monaten Gefängniß und seine Kollegen zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden sind, frei zu lassen. Die Geschworenen hatten Morgan zu zwei Monaten Gefängniß mit schwerer Arbeit verurtheilt. Der Minister des Innern hatte aber die harte Strafe nicht bestätigt, sondern verwandelte sie in zwei Monate Gefängniß.

D. O'Grady, Bristol, wurde dann zum Präsidenten des Kongresses gewählt.

**Zweiter Sitzungstag.**

D. O'Grady trat bei der Eröffnung der zweiten Sitzung seine Adresse als Präsident vor. Er führte als Hauptpunkte Folgendes an: „Die zwölf Monate, welche seit dem letzten Kongreß verfloßen, sind unfruchtbar gewesen und ich kann nicht umhin, die Meinung auszudrücken, daß etwas geschehen werden muß, um unsere industriellen Zustände von der Schande zu befreien, die das System der halben Zeit, und die Kinderarbeit im Allgemeinen umgibt. (Beifall.)

Der Kongreß hat wiederholend Resolutionen angenommen zu Gunsten der Erhöhung des Alters, mit welchem die Kinder die Schule verlassen und befähigt sein sollen, volle oder halbe Zeit in Fabriken oder Werkstätten beschäftigt zu werden. Welchen Zweck haben diese Resolutionen, wenn sie nicht verwirklicht werden?

Diese Frage ist für die ganze Nation von großer Wichtigkeit und erfordert sofort eine kräftige Reform von zwei Gesichtspunkten aus. Erstens von dem Gesichtspunkt der physischen und geistigen Entwicklung der zukünftigen Generation und zweitens vom Gesichtspunkte der Gewerkschaften in Bezug auf Lohn- und Arbeitszustände in sehr vielen Industrien. Dieses ist eine Sache von praktischer Bedeutung. Schon 1890 wurde durch Lord Salisbury das Versprechen gegeben, das Alter für jugendliche Arbeiter in Bergwerken auf vierzehn, und bei Tagesarbeit auf zwölf Jahre festzustellen. Dieses Versprechen ist bis heute noch nicht erfüllt worden. In Amerika, der Schweiz, Oesterreich, Frankreich und Deutschland ist die Altersgrenze bedeutend höher. England hat in diesem schändlichen brutalen Handel der Kinderarbeit die drei Gefährten an der Seite: Italien, Spanien und die Türkei, drei Nationen, die ein Fluch der modernen Zivilisation sind. (Beifall.) Eine Entschuldigung des Systems der halben Zeitarbeit ist die, daß sie wöchentlich £ 2.50 einbringt, was das Einkommen der Familie erhöht. Sir John Gorst sprach vor einiger Zeit über dieses Thema in Bristol und führte an, daß nichts mehr auf die Erniedrigung des Lohnes einwirkte, als die ausgedehnte Kinderarbeit, besonders in der Textilindustrie. (Beifall.) Ich bin sicher, daß zu einem großen Theile die Verantwortlichkeit der barbarischen Kinderarbeit auf den Schultern der Arbeiterführer liegt, die, anstatt die Arbeiter von der Gefahr zu unterrichten, einfach darüber hinweggegangen sind. Würden die Fabrikarbeiter in Lancashire und Yorkshire an das Parlament um Erhöhung des Alters auf 14 Jahre petitioniren, dann würde das halbe-Tag-System und die Kinderarbeit im Allgemeinen bald verschwinden.

Auf den Maschinenbauwerkzeugen hinweisend, fährt Redner fort: „Dieser Kampf hat uns gezeigt, daß es unmöglich ist, eine umfassende Reduzirung der Arbeitszeit durch Aktion der Gewerkschaften allein zu erzielen. Keine einzelne Gewerkschaft kann in Zukunft auf Erfolg hoffen, gegenüber dem organisirten Kapital. Wollen die Gewerkschaften künftig im industriellen Kampfe eine Kraft bilden, dann müssen sie ihre Organisation vervollkommen und eine einzige solide Masse bilden. Ich hoffe, daß der Kongreß nicht auseinandergeht, ohne einen Plan der Federation anzunehmen. Die Gewerkschaftsbewegung kann verständig benutzt werden, um die industrielle und politische Emanzipation herbeizuführen. Unser

Ziel sollte der Kollektivismus sein und wir müssen industrielles und politisches Wirken benützen, um dieses Ziel zu erreichen. Ich schließe politisches Wirken ein, weil die Gewerkschaftsbewegung allein nicht hinreichend ist. Ich vertheidige die Nationalisirung der Bergwerke und Eisenbahnen, Diäten an Abgeordnete des Parlaments, sowie Bezahlung der Wahlkosten, Stichwahlen und allgemeines Wahlrecht. Ich wünsche weiter, daß ein Plan der politischen Organisation ausgearbeitet wird. Ein Beitrag von 10 s die Woche, würde in vier Jahren die Arbeiter in den Stand setzen, jeden Wahlkreis im ganzen Lande zu bedrohen.“

Zum Bericht des parlamentarischen Komitees spricht W. G. Steadman, London, sein Bedauern aus, daß die Todesfälle, welche durch Bleivergiftung verursacht werden, nicht erwähnt worden sind. Er verlangt die Einführung eines Gesetzes, welches die Angelegenheit behandeln soll.

S. Woods erklärt, die Sache dem Komitee zu überlassen, dieses würde eine Klausel ausarbeiten, die dem Wunsche des Kongresses entspricht.

Weiter wurden Resolutionen bestätigt, die auf früheren Kongressen angenommen wurden und die sich auf das Verbot von Schweißereien, Vereinigungs-, Truck- und Urnengesetz beziehen. Wilkin-Newcastle beantragt:

„Der Kongreß bedauert die Grenze des Einschusses im neuen Unfallgesetze und erklärt, daß kein Unfallgesetz befriedigend ist, das nicht alle Arbeiter in sich schließt.“

Der Antrag wird angenommen.

John Wilson erklärt, er habe Telegramme erhalten, die vorschlagen, daß der Kongreß Stellung zu der Botchaft des Zaren für internationale Abrüstung nehme.

Peter Curran stellt folgende Resolution:

„Der Kongreß der organisirten Arbeiter in Großbritannien und Irland vernimmt mit Befriedigung die Botchaft des Zaren zu Gunsten der internationalen Abrüstung, und ersucht die Regierung, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um die Verwirklichung zu fördern, da der Militarismus der größte Feind der Freiheit und eine Bürde der arbeitenden Bevölkerung ist.“

Er führt an, daß die Botchaft aus einer verdächtigen Quelle komme, aber sie sei gut, und er hoffe, daß sie herzlich aufgenommen werde. Die stehenden Armeen der Welt seien die Freunde und Beschützer des Besitzes und die Feinde der Humanität.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Kongreß erhielt einen neuen Anblick durch die Anwesenheit der Delegirten Jun. Zehiro, Sugai und Kunsata, welche 23,000 organisirte Arbeiter, meistens Metallarbeiter, in Japan vertreten. (Schluß folgt.)

**Konferenz der Redakteure der Gewerkschaftspresse.**

Gotha, 18. u. 19. August 1898.

Vielfach ist auf Kongressen gewerkschaftlicher Organisationen darüber Klage geführt worden, daß die Gewerkschaftspresse nicht systematisch durchgearbeitetes und ausreichendes Material über die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze und deren Handhabung veröffentliche. Der Grund dieses thatsächlichen Mißstandes liegt nahe. Die Redaktion der Gewerkschaftspresse wird zum Theil von Personen besetzt, welche anderweitige Berufsarbeiten zu verrichten haben und nur geringe Zeit für die Redaktionsarbeiten verwenden können. Bei den Blättern, welche mit festem Gehalt angestellte Redakteure haben, sind die Anforderungen, welche an die Arbeitskraft derselben gestellt werden, so bedeutend, daß den Redakteuren nicht die Zeit bleibt, sich dem umfangreichen Studium der Gesetzgebung zu widmen und der Handhabung der Gesetze aufmerksam folgen zu können. Es tauchte in Folge dessen die Frage auf, ob nicht durch eine gemeinsame Zentralstelle die Beschaffung und Durcharbeitung der Arbeiterinteressen direkt berührenden Gesetzesmaterialien erfolgen und der Gewerkschaftspresse zur Verfügung gestellt werden könnte. Diese Frage eingehend zu erörtern war der Zweck der Konferenz.

Einladungen zur Theilnahme an der Konferenz waren an 49 Gewerkschaftsblätter ergangen. Es waren 23 Delegirte für 24 Blätter erschienen. Vertreten waren die Redaktionen der Fachblätter der: Bergarbeiter, Bergarbeiter (Sachsen), Brauer, Buchdrucker, Former, Gärtner, Goldarbeiter, Graveure, Holzarbeiter, Futtmacher, Kupferschmiede, Lederarbeiter, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Müller, Porzellanarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Seelente, Steinarbeiter, Tapezierer, Zimmerer und des „Correspondenzblattes der Generalkommission“. Die Auflage der Blätter, welche auf der Konferenz vertreten waren, betrug Ende 1897: 305,578 Exemplare.

Die Entsendung eines Delegirten hatten aus finanziellen und verschiedenen anderen Gründen abgelehnt die Redaktionen der Fachorgane der: Bäcker, Bauarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Buchdruckhilfsarbeiter, Buchbinder, Bureauangestellte, Dachdecker, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, Gastwirthshilfsarbeiter, Glasarbeiter, Glaser, Handlungsgehilfen, Handelshilfsarbeiter, Lithographen, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Steinseger, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Töpfer, Vergolder und Droschkenfahrer. Diese Blätter hatten Ende 1897 eine Gesamtauflage von 141,030 Exemplaren. Von den auf der Konferenz nicht vertretenen Gewerkschaftsredaktionen hatten sich bei einer vorherigen Umfrage 15 dahin ausgesprochen, daß die Einrichtung einer Zentralstelle für die Bearbeitung des Materials über die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze für die Gewerkschaftspresse praktisch und nützlich sei.

Nach einem einleitenden Referat des Redakteurs des Fachorgans der Zimmerer über den Zweck und die Einrichtung der zu schaffenden Zentralstelle und sehr eingehender Debatte, in welcher alle Gründe für und gegen den gemachten Vorschlag erörtert wurden, nahm die Konferenz einstimmig folgende Resolution an:

In Erwägung, daß die staatliche Arbeiterversicherung von Jahr zu Jahr sich zu Ungunsten der Arbeiter gestaltet, weil die Arbeiter dem Drängen nach partieller Handhabung der Arbeiterversicherung und des gesetzlichen Arbeiterschutzes nicht den nöthigen Widerstand entgegensetzen; in fernerer Erwägung, daß die Gewerkschaftsbewegung ihrer Natur nach am geeignetsten ist, die auf diesem Gebiete nöthigen Thätigkeit zu entfalten, beschließt die Konferenz der

Gewerkschaftsredakteure, dem nächsten Gewerkschaftskongreß den Antrag zu unterbreiten, derselbe möge die Generalkommission beauftragen, ihr Thätigkeitsgebiet auch auf die staatliche Arbeiterversicherung und den gesetzlichen Arbeiterschutz auszudehnen und insbesondere durch publizistische und andere geeignet erscheinende Thätigkeit dahin zu wirken, daß nicht nur der den Arbeitern nachtheiligen Handhabung der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze Einhalt geboten, sondern auch den Versuchen, eine Verschlechterung dieser Gesetze herbeizuführen, energisch entgegengetreten und dahin gewirkt wird, daß diese Gesetze für die Arbeiter nutzbringender gestaltet werden, als sie es bisher sind.“

Bezüglich der Art und Weise, in welcher diese Thätigkeit der Zentralstelle entfaltet werden soll, einigte sich die Konferenz auf folgende allgemeine Grundzüge:

„An der Zentralstelle soll die Beschaffung sämtlicher Litteratur über die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung des Inlandes, einschließlich der auf dieselben bezughabenden Gesetzesvorlagen und Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften erfolgen. Soweit erforderlich, ist auch die Litteratur über die gleichartige Gesetzgebung des Auslandes zu beschaffen.“

Eine geeignete Persönlichkeit ist anzustellen, welche diese Gesetze in gemeinverständlicher Weise zur Publikation in der Gewerkschaftspresse durcharbeitet. Die Handhabung dieser Gesetze ist aufmerksam zu verfolgen, und sind wichtig erscheinende Vorkommnisse, insbesondere gerichtliche Entscheidungen, zu registriren und zur Publikation in der Gewerkschaftspresse zu bearbeiten.

Die bearbeiteten Materialien sind den Redaktionen der Gewerkschaftspresse in einer Beilage zum „Correspondenzblatt der Generalkommission“ zu übermitteln.

Direkte Auskünfte in den von der Zentralstelle behandelten Angelegenheiten sind nur an Verbandsvorstände, Gewerkschaftsstellvertreter oder Arbeiterssekretariate zu ertheilen. Es soll diese Zentralstelle sich nicht zu einem Auskunftsbureau für einzelne Personen entwickeln.“

Nach Erledigung dieser Angelegenheit erfolgte auf der Konferenz noch ein Meinungsaustausch über verschiedene Fragen, unter Anderem auch über die Arbeitsnachweise, unter Berücksichtigung des neuen Handwerkergesetzes. Beschlüsse wurden in den besprochenen Angelegenheiten nicht gefaßt.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.**

Nachdem es schon mehrfach vorgekommen ist, daß Mitglieder, die **Erfahrmittgliedsbücher** für verlorene oder sonst abhanden gekommene Mitgliedsbücher hier bestellt und dann bei der Bestellung besorgenden Ortsverwaltung nicht abgeholt haben, und nachdem ein Theil der Ortsverwaltungen mit dem Bezahlen und Verrechnen der bezogenen Erfahrmittgliedsbücher so lässig ist, daß von Quartal zu Quartal immer eine größere Anzahl als Restanten übertragen werden muß, machen wir an dieser Stelle bekannt, daß wir die **Ausfertigung von Erfahrmittgliedsbüchern von jetzt ab von der vorherigen Einzahlung des Betrages (für die Ausfertigung 20 s und das Porto für Zusendung des Erfahrbuches ebenfalls 20 s) abhängig machen werden.**

Da die Bestellung eines Erfahrmittgliedsbuches der ziemlich umfangreichen dazu erforderlichen Angaben wegen ohnehin meistens brieflich erfolgt, macht es den Bestellern gar nichts aus, wenn sie den Betrag in Briefmarken beifügen, während uns durch Führung einer besonderen Restantenliste, durch öfteres Umschreiben derselben, wenn sie durch Herausstreichen der Zahler unübersichtlich geworden, und durch das Nachschlagen derselben bei Eingang von Geldsendungen und bei Durchsicht der Abrechnungen sehr viel unnöthige Arbeit erwächst.

Also nicht Bureaukratie oder Hang zur Vermehrung der schriftlichen Arbeiten, wie einzelne naive Briefschreiber annehmen, sondern Vereinfachung der Bureauarbeit nöthigt uns zu dieser Maßregel.

„Wer gleich bezahlt, vergißt es nicht.“ In Zukunft erhält also nur derjenige Besteller ein Erfahrmittgliedsbuch, der die Kosten desselber bei der Bestellung erstattet.

Ausgeschlossen werden aus dem Verband Verband nach § 3 Abs. 7a und b des Statuts auf Antrag: der Verwaltungsstelle in Durlach:

der Mechaniker Anbr. Böblein, geb. zu Nürnberg am 17. Juli 1868. Haupt-Nr. 139 991, wegen fortgesetzter muthwilliger Störungen der Mitgliederversammlungen;

der allgem. Verwaltungsstelle Nürnberg: die Feilenhauer Carl Grözing, geb. zu Döbeln am 4. Juli 1871, B. Nr. 29 817; Gg. Weber, geb. am 29. Sept. 1879, B. Nr. 183 243; Andreas Wölfel, geb. zu Fürth am 8. Juli 1854, B. Nr. 183 278 wegen Streifbruchs;

der Verwaltungsstelle Wolfenbüttel: der Former Hermann Schwinger, geb. zu ? arr 6. Juni 1874, B. Nr. 37 065 wegen Streifbruchs

Der in Nr. 21 b. B. verfügte Ausschluß des Formers Emil Cornelius, geb. zu Berlin am 2. Juni 1860, B. Nr. 240 509, wird hierdurch zurückgenommen, da sich herausgestellt hat, daß Cornelius irrtümlich in die Liste der Streifbrecher aufgenommen wurde.

Der Former Max Nöthold, Buch Nr. 243, zuletzt in Dortmund, wird hierdurch aufgefordert, sich gegen den Vorwurf, er habe bei einer projektirten Lohnbewegung der Former Dortmunds dagegen gearbeitet, indem er ein Schriftstück zu Gunsten der Firma zur Unterschrift unter den Arbeitern zirkuliren ließ, zu vertheidigen, andernfalls sein Ausschluß erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160II.**

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Der Vorstand.

Die Mitglieder Hermann Maugel, Schmied, geb. zu Wittstock am 24. Juni 1855, und Theodor May, Formner, geb. am 23. April 1867 zu Waldenburg, werden gebeten, ihre Adressen an A. Langheim in Landsberg a. d. Warthe, Friedrichstadt Nr. 58, gelangen zu lassen. Verwaltungen, Bevollmächtigte und Mitglieder, denen die Adresse der Obigen bekannt ist, werden um Angabe derselben gebeten.

Korrespondenzen.

Formner.

Halle a. S. Am 7. September fand im „Neuen Theater“ eine öffentliche Formner- und Hilfsarbeiterversammlung statt, welche sich wieder einmal mit der Fabrischen Biererei beschäftigten mußte. Es hatten davor am Montag, den 5. September, wegen Maßregelung eines Kollegen sämtliche Formner bis auf 2 und sämtliche Kernmacher, Puger und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Kollege Kaiser gab eine kurze Einleitung, schilderte die Ursachen der Maßregelung und führte das ganze Gebahren des Herrn Fabri den Formnern gegenüber der Versammlung vor. Herr Fabri habe vor vier Wochen einen Vertrag mit seinen Formnern gemacht, in welchem er (Fabri) sich bereit erklärte, die Lohnarbeit für sämtliche Formner einzuführen und zwar für unter 20 Jahre alte Formner 35 J pro Stunde Minimallohn, für über 20 Jahre alte Formner einen Minimallohn von 40 J pro Stunde, für Kernmacher, Puger 35 J Minimallohn, für Hilfsarbeiter 28 J Anfangslohn, die dritte Woche 30 J pro Stunde. Herr Fabri versuchte es nun schon in der ersten Woche, diesen Vertrag zu durchbrechen, er habe einem Formner angeboten, wieder in Aktord zu arbeiten und habe dann versucht, sich aus den jüngeren Kollegen eine Majorität zu bilden, ihnen alles Gute versprochen, um dann die älteren Formner hinauszuerwerfen. Doch sei Alles gescheitert an der Festigkeit der Kollegen. Er versuchte es nun mit Lohnabzügen und da der gemäßregelte Kollege derjenige gewesen war, welcher die Rechte seiner Kollegen wahrnahm und verteidigte, so versuchte es Herr Fabri bei ihm zuerst und wollte ihm 5 J pro Stunde abziehen. Der Kollege wollte sich dieses nicht gefallen lassen, darauf entließ ihn Herr Fabri. Die Kollegen erklärten sich aber mit ihren entlassenen Kameraden solidarisch, da man schon die ganze Woche gemerkt hatte, daß etwas im Werke war, was die Kollegen an der Verteilung der Arbeit sahen. Ein weiterer Beweis, daß es eine Maßregelung wäre, sei: als der Kollege seine Papiere verlangte sagte der Sohn des Herrn Fabri: „Gott sei Dank“ und sei dann fortgerannt und sofort mit dem Zettel und dem Gelde zurückgekehrt, so daß die Kollegen auf die Vermutung kamen, der Zettel wäre schon geschrieben gewesen, was auch ein Blick auf den Entlassungsschein lehre, auf dem nur der Datum ausgefüllt wäre. Kaiser forderte die Kollegen auf, sich darüber auszusprechen, was sie darüber denken und ob sie sich mit ihren Kollegen solidarisch erklären wollen. Herr Fabri und sein „Arbeitswilliger“, der Formner Hermann Walter, die anwesend waren, versuchten es, die Ausführungen des Kollegen Kaiser zu widerlegen, doch hatten sie damit bei der Versammlung kein Glück, da ihnen von allen Seiten das Unhaltbare ihrer Ausführungen nachgewiesen wurde. Vor Allem wurde das Gebahren des Herrn Fabri den Formnern gegenüber kritisiert. Ein Kollege erzählte, daß er ein Stück Arbeit, welches ihm als Aufschuß erklärt wurde, nicht bezahlt bekommen habe, trotzdem es Herr Fabri an seine Arbeitnehmer abgeliefert habe. Ein Anderer erklärte, daß Herr Fabri ihm heute noch über 8 M schuldig sei, da das betr. Stück mehr gemogen habe als er bezahlt bekommen hätte. Dutz es wurden Herrn Fabri Dinge gesagt, die auf sein Geschäftsgelahren ein großes Schlaglicht werfen. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit den Ausständigen solidarisch und versprach ihnen, sie mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterstützen. Es wurde eine Kommission von fünf Mann gewählt, welche die Sache in die Hand zu nehmen hat. Nach einem kräftigen Mahnwort an die Versammelten seitens des Vorsitzenden wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen. — Wir eruchen die Kollegen, den Bezug nach Halle so viel wie möglich abzugeben. NB. Zuschreibungen sind an Wilh. Hinge, große Ulrichstraße 50, I. zu senden.

Klempner.

Elbing. Am 19. August erschien in der „Metallarbeiter-Korrespondenz“ (Hirsch-Dumler) ein Artikel, den wir des besseren Verständnisses halber zitieren wollen, er lautet: „Charlottenburg. Die am 16. Juli er. abgehaltene Versammlung befaßte sich mit Elbing überfiedelten Mitglieder, die Kollegen Grüneberg und Dautert. Auf Aufforderung des Kollegen Sydow, über die dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Berufs-Kollegen etwas aufzuklären, gab Kollege Grüneberg folgenden Bericht. In der Fabrik von Neufeld hatten die Arbeiter, als dieselbe noch nicht Aktienunternehmer war, ein gutes Einkommen und war ein gutes Einkommen zwischen Arbeitern und Fabrikleitung zu verzeichnen. Es wurden später Abzüge auf Abzüge von den bedungenen Aktordpreisen gemacht und schließlich die Preise so gedrückt, daß es den besten Arbeitern mit aller Anstrengung nur möglich war, einem Höchstdienst pro Woche von 12 bis 13 M zu verdienen. Wenn man nun annimmt, daß die Lebensmittelpreise dort bedeutend höher als in Berlin sind, ausgeschlossen die Wohnungsmieten, so waren die Arbeiter in eine traurige Lage versetzt, überhaupt wenn sie noch das Unglück hatten, eine Familie zu besitzen, denn 13 M sind zum Verpflegen zu viel, aber auch zum Leben zu wenig. Die Kollegen hatten Alles versucht, um wenigstens einen einigermaßen anständigen Lohn zu erhalten. Aber alles Bemühen und Unterhandeln war zwecklos. Man glaubte auch durch einen Streik bessere Verhältnisse herbeizuführen, aber dies Unternehmen scheiterte an der Unsolidarität der dort beschäftigten Arbeiter, die darum angegangenen Verbändler waren nicht dazu zu bewegen. So blieb den Kollegen nichts weiter übrig, als sich an anderen Orten Arbeit zu

suchen. Dies werden nach Ansicht des Redners noch viele thun. So der Bericht des Kollegen Grüneberg, dem Kollege Dautert in allen Punkten beipflichtete. Letzterer erzählte noch, daß die Frau eines nach hier überfiedelten Metallarbeiterverbändlers geklagt hatte, daß ihnen die Ueberfiedlung durch Zuschuß der Kasse des Metallarbeiter-Verbandes wohl erleichtert würde, aber nun entstehe bei ihnen die Sorge, die als Voranschuß gegebenen Ueberfiedlungsgelder wieder abzuführen. So der Bericht der beiden Kollegen über die Verhältnisse in Elbing. Dem fügte Kollege Sydow hinzu, daß eine derartige Lohnrückerei wohl meistens in den Betrieben geübt wird, wo profitwütige Betriebsleiter allmächtig sind; dieselben sind bemüht, auf Kosten der Arbeiter für die Dividenden ergalierenden Kapitalisten so viel wie möglich herauszuschlagen, um sich in ein hohes Ansehen zu setzen, und dann recht hohe Provisionen zu erhalten. Auch wägen dieselben ihre etwaigen Unkenntnisse in der praktischen Herstellung der Waaren auf die Arbeiter ab und kommen dann mit Maßregelungen und Lohnherabsetzungen. Derartigen unlauteren Verfahren müßten alle Arbeiter energisch entgegengetreten. Redner kann die Angaben des Kollegen Dautert nicht recht verstehen, daß dem vom Metallarbeiter-Verband überfiedelten Kollegen die Ueberfiedlungskosten voranschüssweise gezahlt würde, das wäre ebenso gut, man wendete sich gleich an die Armenverwaltung, da braucht man nicht erst Mitgliedsbeiträge zu zahlen. Das Verhalten der Verbändler zu einem organisierten Streik ist uns nichts Neues und da ist man auf der Seite immer noch froch und kehrt die Sache um und stellt die Gewerksvereiner als Spielverderber hin. F. Sydow. — Wir wären hierauf wohl nicht weiter eingegangen, da aber Herr Grüneberg Bezirksleiter des Gewerksvereins für Ost- und Westpreußen war, so ist Folgendes zu bemerken: Man muß der Wirklichkeit des Herrn Grüneberg, Tatsachen zu fassen, alle Ehre lassen. Herr Grüneberg, bestimmen Sie sich noch auf die Versammlung im „Goldenen Löwen“, wo von Ihnen in einer geradezu unerschämten Weise gegen die „Metallarbeiter-Zeitung“ hergezogen wurde? Als wir uns zum Wort meldeten, bekamen wir es nicht. Dann aber waren Sie so „froh“, um mit dem Ausdruck des Herrn Sydow zu reden, und schrieben in ihrem Fachblatt: „Als die Verbändler den Wahrheitsbeweis antreten sollten, konnten sie es nicht.“ Weiter: Wer war es, der den Gewerksverein einlud, um ein Vorgehen gegen die Neufeld'sche Fabrik zu ermöglichen? Die Verbändler. Und wenn kein Erfolg zu verzeichnen, so lag das wohl ganz richtig an der Unsolidarität der Indifferenten. Und wenn nun Herr Grüneberg behauptet, die „Verbändler“ waren nicht dazu zu bewegen, so können wir uns glücklich schätzen, solch einen Herrn wie Grüneberg in unseren Reihen nicht zu besitzen. Der beste Beweis für uns ist, daß die Kollegen des Herrn Grüneberg hier am Orte beschloßen haben, auf seine Leistungen in El. hin eine Berichtigung zu veröffentlichen. Und nun noch ein paar Worte zu Herrn Dautert, der hier Vorsitzender des Ortsvereins der Klempner war. Herr Dautert pflichtete Herrn Grüneberg ja vollständig bei. Nun, wer war es doch, der, nachdem die Kommission gewählt (der D. auch angehörte), ohne Sang und Klang verschwand, ohne ein Zeichen seiner Wirksamkeit hier zu lassen, so daß Herr Grüneberg selbst gestehen mußte, das Benehmen sei kein richtiges. Herr Dautert war es, der sich wohl gehütet haben würde, sich wählen zu lassen, wenn er nicht gewußt hätte, daß er fortzog, er hätte ja nichts zu riskieren. Da kann man dann auch noch auf die Verbändler wettern! Der Vorwurf wegen des Zurückzahlens der Unterstützung ist einfach albern, da möge man uns einfach einen Fall auführen, in dem ein Verbänderkollege zur Zurückzahlung der Unterstützung aufgefordert wurde. Herrn Sydow können wir nur empfehlen, bei der Armenverwaltung um ein Mittel gegen geistige Armut anzutragen, denn wenn ein Mann, der im Gewerksverein so engagiert ist, über den Metallarbeiterverband solche Sachen vorbringt, so ist das entweder geistige Armut oder Böswilligkeit. Dies zur Richtigmstellung der Schwindelnotiz. Kollegen Elbing! Hier ist Euch wieder einmal der Weg vorgezeigt, den Ihr zu gehen habt. Daß die Lage der Metallarbeiter nicht mit Lobreden auf die Kapitalisten gebessert werden kann, wie wir es hier ja zu verzeichnen haben, ist doch Jedem klar. Eine Besserung ist nur durch Organisation im Metallarbeiterverband herbeizuführen.

Frankfurt a. M. Am 28. August hielten die hiesigen Spengler und Installateure im „Erlanger Hof“ eine öffentliche Versammlung ab, welche gut besucht war. Genosse J. Dejung hielt einen sehr interessanten Vortrag über das neue Handwerkergesetz und die Zwangssimmungen, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Manche unserer Meister hätten sich gewiß nichts an der „Ständesehre“ vergeben, wenn sie sich, wie der Referent meinte, das Sympathie-Mittel zur Zurückgewinnung des „goldenen Bodens“ aus dem Mittelalter im richtigen Licht betrachteten. Sie würden gewiß zu einem anderen Beschluß gekommen sein als zu einer Zwangssimmung. Sämtliche an der Diskussion beteiligte Kollegen sprachen sich dafür aus, daß man im Falle der Bildung einer freien oder Zwangssimmung (die hiesigen Unternehmer haben bereits einen diesbezüglichen Antrag gestellt. D. H.) mit aller Macht einer guten Organisation dahinter stehen müßte, um die in den Zusammen den Gehilfen zustehenden präklusiven Rechte durch Entsendung rückgriffester Kollegen zu verteidigen. Auch erging an alle der Organisation noch fernstehende die dringende Mahnung, sich unverzüglich anzuschließen, damit auch hier die Verhältnisse anders würden und Frankfurt nicht mehr an letzter Stelle von den Großstädten Deutschlands stehe, wie die Statistik von letzten Jahre nachweist. Ferner wurde der Streik der Kasseler Kollegen bekannt gegeben und erging an alle Spengler und Installateure die Aufforderung, den dortigen Kollegen nicht in den Rücken zu fallen und den Verlockungen der Meister keine Folge zu leisten. Da um 1 Uhr der überwachende Beamte die Zeit jedenfalls für gekommen erachtete, die „Rosenkränze“ zu lösen, löste er die Versammlung auf. Fortsetzung derselben findet jedoch in aller Kürze statt.

Metall-Arbeiter.

Bielefeld. Den durchreisenden Kollegen hierdurch zur Erinnerung, daß die Reisanerkennung nicht mehr Wochensitzung 11, sondern bei Fr. Bunte, Heeperstr. 48, an Wochenenden Nachmittags von 6-7 und an Sonntagen Mittags von 2-3 Uhr ausbezahlt wird. Die Kollegen werden ermahnt, die festgesetzte Zeit strengstens einzuhalten. Ferner

werden die Kollegen auf den Arbeitsnachweis der Metallarbeiter für Bielefeld und Umgegend, welcher sich in den Händen des Kollegen Fr. Bunte, Heeperstr. 48, befindet, aufmerksam gemacht und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß Umschauen strengstens verboten ist. Der Arbeitsnachweis ist geöffnet Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr. Um dem neuen Unternehmen der Bielefelder Kollegen die nötige Achtung zu verschaffen, ist es geboten, im vorkommenden Falle denselben die dementsprechende Unterstützung von Seiten der durchreisenden und am Ort befindlichen Kollegen angedeihen zu lassen, damit der bis dahin bestandene Uebelstand am Ort betreffs Angebot und Nachfrage in Arbeitsangelegenheiten und das Behalten der Meister bei Annahme von Arbeitern nach Möglichkeit beseitigt wird.

Dresden. Eine Versammlung der Metallarbeiter fand am 23. August im Saale des „Lionon“ statt. Genosse Heinke referierte über „Die Degeneration der Arbeiterklasse und wie ist derselben entgegenzutreten?“ In dem ausgezeichneten Vortrag zeigte Genosse Heinke, daß die Arbeiterklasse körperlich immer mehr zurückgeht. Dem kann nur entgegengetreten werden, wenn sich die Arbeiter fest organisieren und so höhere Löhne erringen. Hierauf machte Kollege Haack darauf aufmerksam, daß ein anwesender Kriminalgenosse jugendliche Arbeiter beim Hinausgehen notirt hat, trotzdem die Versammlung eine rein gewerkschaftliche sei und der überwachende Beamte auch keine Aufforderung an die jugendlichen Arbeiter hat ergehen lassen, und fordert alle, denen dies paßt, auf, sich bei dem örtlichen Vertrauensmann zu melden. Hierauf wird Kollege Pohle wieder als Zentral-Korrespondent für Ostschlesien gewählt. Hierauf erfolgt die Wahl von 6 Personen als Agitationskomitee. Kollege Hoffmann berichtete über die Firma Hüttig & Sohn und Kollege Pohle über die Firma Uhlig & Söhne. Beide Redner beschwerten sich, daß die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterztg.“ zwei diesbezügliche Berichte derart gefälscht hat, daß sie ihren Zweck, Mißstände genauer Firma aufzudecken, vollkommen verfehlten. Es findet deswegen folgender Antrag einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung protestiert energisch dagegen, daß die Redaktion der „Sächs. Arbeiterztg.“ die Berichte über die Firma Hüttig & Sohn und Uhlig & Sohn derart verfälscht hat, daß sie ihren Zweck vollkommen verfehlten.“ Hierauf gibt Kollege Biber die Abrechnung über den Streikfonds der Klempner. Kollege Hoffmann erklärt, das Geld richtig erhalten zu haben, will aber über manche Punkte in nächster Zeit noch Aufklärung geben, weil es schon spät war. Kollege Scholz wundert sich, daß der Verband noch keine Stellung zum „Arbeitsnachweis der Industriellen“ genommen hat. Er habe deswegen in einer Formerversammlung den Antrag gestellt, daß der Vorsitzende der betreffenden Versammlung bei dem örtlichen Vertrauensmann vorzeitig werde, damit dieser innerhalb 14 Tagen eine Versammlung einberuft und den Arbeitsnachweis mit auf die Tagesordnung setzt. Kollege Hoffmann erklärt hierauf, daß er sich von den Formnern keine Vorschriften machen läßt, indem er von den Metallarbeitern Dresden-Altfeld gewählt sei. Kollege Haack pflichtet Hoffmann vollkommen bei und erklärt, man habe sich wohl mit der Frage befaßt, sei aber zu dem Entschluß gekommen, den Arbeitsnachweis ganz in Ruhe zu lassen, weil schon heute Anzeichen zu Tage treten, daß er bald selbst abgewirtschaftet hat und wir durch unnützes Dazwischentreten denselben nur stärken und lebenskräftig machen würden, wie es sich in Berlin und Chemnitz gezeigt habe. Hoffmann macht noch auf das Sommerfest aufmerksam. Ein Antrag des Kollegen Scholz, eine Versammlung wegen dem Arbeitsnachweis einzuberufen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Dresden-A. Noch ein letztes Wort sei mir gestattet, nachdem der Genosse Massatsch in Nr. 36 der „Met.-Ztg.“ es versucht hat, meine Berichtigung in Nr. 30 als nicht stichhaltig hinzustellen. Ich glaube doch, daß Genosse Massatsch mit seinem Bericht über die Agitationstour vom 19. März bis 25. Mai in Sachen etwas zu weit ging, wenn er von Dresden sich im Ganzen ein Urtheil bildete, wonach die große Masse der Metallarbeiter Deutschlands denken kann, daß wir im Absterben sind oder noch genau so dastehen, wie vor 2 bis 3 Jahren, um nicht weiter zurückzutreten. Wenn ich in einer Berichtigung Massatsch der Unkenntnis der Verhältnisse und weil er den organisierten Kollegen hier Mangel an Solidarität vorwirft, er Unwahrheit bezichtigte, so wird M., wenn ich ihm das Nähere hierzu werde klar gelegt haben, zugeben müssen, daß ich nicht anders konnte. Ich halte den Vorwurf „Unkenntnis der Verhältnisse“ auch heute noch aufrecht. Wenn er zuletzt einige Versammlungen anführt, die nicht nach seinem Wunsch besucht waren, so trifft dies bei einigen zu. Da war aber nicht Schuld daran, daß wir zu wenig Solidaritätsgefühl haben, sondern einzig und allein der Umstand, weil leider hier so viele Organisationschancen bestehen. Ich führe nur einen Beweis dafür an. In dem Tage, wo der Kollege 1896 in Dresden war, zur Zeit des Formnerstreiks, waren nicht weniger als drei Versammlungen zu gleicher Zeit: Altstadt und Neustadt und vom Zentralverband der Formner. Das war aber 1896 und die Dresdener Metallarbeiter haben nachher bewiesen, daß sie nicht geübert vorgehen. Beweis dafür ist der Streik der englischen Maschinenbauer. Den letzten Wunsch, den Massatsch hat, habe ich auch und glaube wohl, daß die Befolgung desselben von großem Nutzen sein würde: der Zusammenschluß zu einer Verbandsstelle. Ich glaube bestimmt, daß wir in nicht zu langer Zeit so weit kommen werden, denn eine Uneinigkeit ist hier wohl nicht vorhanden. Auch muß ich feststellen, daß wir, trotzdem wir getrennt sind, alle Jahre mehr geleistet haben und der Besuch der Versammlungen in Altstadt jetzt ein bedeutend besserer ist als vor 3 Jahren. Zu den Agitationstouren überhaupt möchte ich meine Ansicht kundgeben. Ich verspreche mir viel mehr von einer Agitation zu dem geeigneten Zeitpunkt an einem Orte, als dann, wenn es heißt: der oder der Referent kommt an dem Tage hierher, treffen Sie Vorbereitungen zu einer Versammlung. Dadurch kommt es eben, daß manchmal gähnende Leere herrscht. Wir, die wir die Agitation für Ostschlesien zu betreiben haben, haben nun dem Zentral-Korrespondenten für Ostschlesien, Kollegen Pohle, eine Agitationskommission beigegeben; wir werden uns in Zukunft auf diese Form beschränken und wir werden ja am Schluß des Jahres sehen, ob wir dadurch mehr Erfolg haben, als durch die letzte Agitationstour.

Der örtliche Vertrauensmann: J. Hoffmann.

**Öppingen.** Wie überall, so sind auch hier die Verhältnisse der Arbeiter im Allgemeinen und der Metallarbeiter im Besonderen nicht die besten. Die alte Klage über den Indifferentismus der Kollegen trifft auch hier zu. Oder, ist es nicht verdammt Interesselosigkeit, wenn vor 7 bis 8 Jahren die 10stündige Arbeitszeit errungen wurde und heute (hauptsächlich in den Maschinenfabriken) jahraus jahrein über Zeit geschafft wird? Von einem Arbeiterauschuss, von einer Verständigung mit den Arbeitern kann überhaupt keine Rede sein, so lange der Servilismus von heute vorherrschend ist; hier gilt die Devise: „Der Wille des Prinzipals ist unser höchstes Gesetz!“ Diese Zustände sind aber auch selbstverständlich, denn damit, daß man ab und zu eine öffentliche Versammlung besucht, bei Reichstags- oder anderen Wahlen seine Stimme für die Arbeiterpartei abgibt, sind doch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse an sich noch nicht geändert. Vor Allem muß das Emaillewerk von Bellino u. Co. erwähnt werden. Diese Firma sieht sich nämlich genötigt, da sie hier schon zu sehr bekannt ist, ihre Arbeitskräfte aus Oesterreich-Ungarn und der Schweiz herbeizuholen. Diesen Arbeitern wird dann das Jahrgeld ausgelegt und ist es denselben, angesichts der niedrigen Löhne, fast unmöglich, aus dieser Schuld herauszukommen. Ueberhaupt läßt die Behandlung der Arbeiter seitens des Fabrikleiters Herrn Bottler sehr viel zu wünschen übrig. Wie die Zustände in der Großindustrie, so sind sie auch bei dem Kleinhandwerk: Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne und theilweise eine Behandlung, welche an österrische Zustände erinnert, sind an der Tagesordnung. Daß es aber möglich wäre, auch hier bessere Verhältnisse zu schaffen, das haben uns die vor einigen Wochen durchgegangenen Forderungen der Feilenhauer bewiesen. Dieselben verlangten: 10stündige Arbeitszeit, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister und dementsprechende Veränderung der Lohnverhältnisse. Erleichtert wurde uns die Erreichung dieser Forderung noch dadurch, daß es sich bei Feilenhauermeister Klein nur um eine Reduzierung der Arbeitszeit von 4 Stunden pro Woche handelte und alles Andere schon seit Jahren in seiner Werkstatt eingeführt war. Somit sahen sich die beiden anderen Meister, welche unter denselben Verhältnissen stehen wie Herr Klein, genötigt, die Forderungen ebenfalls anzunehmen. Wie es aber nun leider so oft bei derartigen Abmachungen geht, erinnerte sich Herr Feilenhauermeister Nöllich seines Versprechens betreffs der Akkordarbeit, den von Herrn Klein angegebenen Sphinger Tarif einzuhalten, nicht mehr und sahen wir uns, da er seinen Gesellen und auch der Kommission gegenüber erklärte, den Tarif nicht einhalten zu können, genötigt, über seine Werkstatt die Sperre zu verhängen. — Zureisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß sich der Arbeitsnachweis beim Gen. Weningner in der Zentralherberge befindet und erhält jeder organisierte Kollege dort eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Unterstützung. Umschauen ist streng verboten und gehen Zuwiderhandelnde ihrer Unterstützung verlustig.

**Söttingen.** Daß die Lage der hiesigen Metallarbeiter keine rosig zu nennen ist, das wird Folgendes beweisen. Sieben mechanische Geschäfte haben über 60 Lehrlinge und unter 30 Gehilfen, ein Geschäft davon hat unter 7 Gehilfen und 24 Lehrlinge. Es gibt hier Mechanikergehilfen, die für 7 und 8 M die Woche arbeiten. Die berühmte Satorius'sche Werkstätte zahlt keinem neu eingestellten Gehilfen über 16 M Lohn. In auswärtigen Zeitungen werden fortwährend Gehilfen gesucht, denn die meisten der hier auslernenden Gehilfen erhalten in den seltensten Fällen in einem anderen hiesigen Geschäft Arbeit; jedenfalls haben sie zu viel gelernt, oder sie wollen die Schwarzblech-Arbeit bei Satorius nicht machen. Es gibt hier Schlosser-Werkstätten, welche 12 und 14 Lehrlinge bei 1 und 2 Gehilfen haben, 3 und 4 Lehrlinge und 1 Geselle ist hier die Regel. Die Lehrlinge müssen hier nicht selten Kindermägde, Hausknechte, Ackerknechte usw. ersetzen: Ja man trifft es auch, daß sie für die Studenten und den Herrn Meister und die Frau Meisterin den Kaffee kochen müssen. Hieraus erhellt man, zu was die Herren Innungsmeister ihre Lehrlinge „ausbilden“. Die Löhne sind hier im Allgemeinen sehr niedrig. Es wäre daher an der Zeit, wenn sich die Leute, mögen sie Mechaniker, Schlosser oder Klemmer sein, aufraffen und dem D. M. B. beitreten würden, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

**Minden.** Im Laufe eines Jahres hat sich unsere Mitgliederzahl von 30 auf 70 erhöht, was für die hiesigen Verhältnisse als ein guter Fortschritt bezeichnet werden muß. Die Erkenntnis des Wertes der Organisation bricht sich immer weiter Bahn bei den Arbeitern, aber auch bei den Fabrikanten. Von den letzteren ist es besonders die Firma Böß & Sauer (Radfabrik), welche in den organisierten Arbeitern eine zu große Macht gegen die geheiligten Interessen des Kapitals erblickt. Bei genannter Fabrik ist es zum Prinzip geworden, die unserem Verbands angehörenden Arbeiter zu besetzen. Es werden dafür unorganisierte Arbeiter, besonders von Mülhausen in Thüringen herangezogen. Diese Handlungswiese des Mitinhabers der Firma, Herrn Sauer, verdient deshalb bemerkt zu werden, weil derselbe früher selbst als Bevollmächtigter unseres Verbandes fungiert hat. Wäre dem Herrn damals die Ueberzeugung in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Organisation für die Arbeiter unumgänglich nötig ist, so könnte derselbe es heute nicht mit ansehen, daß organisierte Arbeiter auf die Straße geworfen werden. Der genannte Herr zeigt sich nunmehr aber genau so als Kapitalist wie alle anderen. Was kümmern diese Kapitalisten die gesetzlichen Rechte der Arbeiter? Sie können nur Gesetze, welche die Arbeiter in der Ausübung ihrer Rechte zu behindern suchen. Alle diejenigen Kollegen, welche uns noch fern stehen, können aber auch hieraus wieder erkennen, daß es keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gibt. Darum ist notwendig der Eintritt aller noch fernstehenden Kollegen in unseren Verband. Derselbe ist die beste Gewähr für die Verbesserung unserer Lage und der beste Schutz gegen das Bestreben der Unternehmer, die Lage der Arbeiter noch mehr herunterzudrücken. Die Kollegen in Mülhausen in Thüringen aber möchten wir ermahnen, nicht nach hier zu kommen und die hiesigen Verhältnisse noch verschlechtern zu helfen. Zum Schluß nochmals: Minderer Kollegen, schließt Euch unserem Verbands an, und Ihr bereit dem Verbands angehörenden Kollegen macht es Euch zur heiligsten Pflicht, für unsere Organisation nach besten Kräften zu agitieren.

**Mülheim (Ruhr).** Die Nr. 35 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ enthält einen Artikel, worin die Zustände der Verwaltungsstelle Mülheim a. d. Ruhr geschildert werden. Leider kann ich nicht unterlassen, einige Unwahrheiten, welche dem betr. Einsender unterlaufen sind, richtig zu stellen. So z. B. sind es nicht 6 Wochen, sondern ein ganzes Jahr, daß keine Versammlungen stattfinden konnten. Ja sogar die öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Dejung referierte, konnte kaum stattfinden, weil trotz genügender Bekanntmachung nur 5—6 Mitglieder erschienen. Wenn nun gesagt wird, die Schuld trage die Verwaltung, weil sie selber nicht in den Versammlungen erscheine, so muß ich dieses entschieden zurückweisen. Denn meines Wissens ist dies nur ein einziges Mal passiert, daß ich wegen dringender Arbeit nicht erscheinen konnte. Wohl bin ich in der Wahlbewegung einmal später gekommen, hatte aber dann meine Geschäfte Anderen übertragen. So daß, falls von diesen 3000 Metallarbeitern mal 100—200 zur Versammlung erschienen wären, trotz meiner Abwesenheit ruhig getagt werden konnte. Zum Schluß möchte ich den betreffenden Artikelschreiber, der meiner Ansicht nach sehr befähigt ist, den Vertrauensposten zu übernehmen, noch ersuchen, am nächsten Sonntag, den 18. September, Morgens 11 Uhr im Lokal von Herrn Koll, Dickswall 10, zu erscheinen, woselbst unsere Versammlungen regelmäßig alle 14 Tage angelegt sind. Auch das Erscheinen sämtlicher anderen Kollegen ist dringend notwendig, damit hier Abhilfe geschafft wird und nicht einer großen Zahl Metallarbeitern fernerhin die Gelegenheit genommen ist, sich dem Verbands anzuschließen, weil hier die Verwaltung nicht ihre Pflicht thut.

Heinr. Schumacher, Bevollmächtigter.

**Neustadt a. d. H.** Die Verhältnisse verschiedener hiesiger Fabriken näher zu beleuchten sei heute unsere Aufgabe. In den Guilleaume-Werken wurde vor ca. 6 Wochen dem Arbeiterauschuss nach Vorstellung bei dem Direktor das Versprechen gegeben, daß in Zukunft alle acht Tage der verdiente Lohn ausbezahlt werde, seither bestand eine vierzehntägige Lohnung. Diese Bewilligung wurde auch vier Wochen strikte eingehalten, aber am letzten Lohntage wurden sehr viele Arbeiter mit 5, 7 und 8 M abgefertigt, während andere auch ihren ganzen Stundenlohn erhielten. Auf Befragen wurde erklärt, die Betreffenden hätten ihre Schichtenbücher nicht rechtzeitig eingeliefert und hätte daher die Firma keinen genauen Anhaltspunkt gehabt. Bestreben erregte das mit Recht, denn der Portier führt genaue Kontrolle. Oder traut man dem Portier nicht, welcher, nebenbei gesagt ein rechtschaffener Mann ist? Böse Zungen behaupteten sogar, die Volksbank, die Gelbante der Guilleaume-Werke, wäre acht Tage geschlossen gewesen; aus Furcht, ja keinen Pfennig Zinsen zu verlieren, hätte die Firma das Geld nicht rechtzeitig erhoben. Dieses Wort hat durch Annoncen in hiesigen und auswärtigen Zeitungen sich Zugang von Kesselschmieden, Schlossern und Bohrern verschafft. Man will fremde verheiratete Arbeiter heranziehen und dadurch billigere Arbeitskräfte. Allem Anschein nach scheint dieses aber nicht zu gelingen. Trotz der vielen Versprechungen, wobei auch die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen — die Arbeiterwohnungen — als Zuglück dienen müssen, bleiben nur wenige hier, weil die Löhne und die Behandlung zu wünschen übrig lassen. Aus dem ist versteht es der Herr Betriebsführer Preuß, welcher schon von Ratings aus bekannt ist, die Akkordlöhne zu reduzieren, das macht sich schon seit längerer Zeit bei jedem Zahltag fühlbar. Aber den Arbeitern möchten wir zurufen, so fest wie früher zu ihrer Organisation zu halten. — Die Firma Guth bezahlt ihren Arbeitern, welche daselbst gelernt haben, einen Stundenlohn von 15—20 M, ältere Leute erhalten 25—33 M, auch herrscht hier noch die 11stündige Arbeitszeit. Herr Guth sieht auch darauf, daß diese Arbeitszeit eingehalten wird, was aus folgender kleinen Episode hervorgeht. Arbeitete da einmal ein Kollege in der Mittagsstunde für sich (er „pfuschte“ also). Als Herr Guth hinzu kam, fragte er, was dies gebe. Auf die Antwort des Arbeiters, daß er den Gegenstand für sich mache, erklärte Herr Guth rundweg, in seiner Fabrik bestünde die elfstündige Arbeitszeit. Wenn nun ein Arbeiter die Mittagsstunde dazu nehme, so verlängere er dieselbe, in Folge dessen sei seine Arbeitskraft für die folgenden Stunden geringer und er (Herr Guth) müsse diese Mittagsstunde in Abrechnung bringen! Gut ab, Respekt vor dieser Logik. Aber, Herr Guth, sorgen Sie dafür, daß auch die Ueberstunden bei Ihnen aufhören. Auch den dortigen Kollegen rufen wir zu: Organisiert Euch, werft den alten Schandrian bei Seite, und laßt Euch wieder in unseren Versammlungen sehen. — Bei der Firma Reich ist ein junger Schlossermeister, schneidig und helle. Jeder Arbeiter, welcher mehr Fähigkeiten besitzt als er selbst (und dies sind die älteren Arbeiter, welche schon lange dort sind), der steigt hinaus. Der Lohn bewegt sich zwischen 25—38 M die Stunde; es liegen aber auch Fälle vor, wo nur 15 M für ausgeleitete Arbeiter bezahlt wurde. Der Abort spottet jeder Beschreibung, man muß manchmal bis an die Knöchel im Morast waten. Sache des Herrn Fabrikinspektors in Speyer wäre es, hier einmal Ordnung zu schaffen. In dieser Werkstätte ist der Indifferentismus der Kollegen die Hauptsache an allen Uebelständen. Freunde unserer Sache, welche vor einem Jahre noch Feuer und Flamme für uns waren, lassen die Hängel hängen und werfen uns noch Prügel zwischen die Beine. Alles nur aus persönlicher Geheißigkeit. Kollegen, noch vor einem Jahre habt Ihr dem Metallarbeiter-Verband Gelegenheit gegeben, für Eure Interessen einzutreten. Er hat Eure Sache zu der feinsten gemacht, hat Ordnung und Wandel zu Eurer Zufriedenheit geschafft und jetzt dankt Ihr ihm auf diese Art! — Die Firma Kändler, eine alte Freundin von uns, läßt ihre Arbeiter 16 1/2 Stunden arbeiten, bezahlt aber nur 10 Stunden. Es herrscht auch Lehrlingszuchterei, 8—10 Lehrbuben und 15 Gehilfen. 1 1/2 Mann sind da organisiert, die anderen leben in Dusef weiter. Es gilt nun, die dortigen Kollegen aufzurütteln, für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu wirken. Auf ihr Neustädter Kollegen, lange genug habt Ihr geschlafen, macht auf, das Morgengraue einer besseren Zeit muß für uns andrehen, versinkt Euch mit uns, tretet in unseren Verband ein, dann sind wir erst in der Lage, etwas Ersprießliches zu leisten.

**Nürnberg.** Die am 28. August im Bürgeraal abgehaltene Metallarbeiterversammlung war über Erwarten sehr stark besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Metallarbeiter und die Metallindustriellen. 2. Die letzten Vor-

kommnisse bei Schudert. Der Referent, Kollege Haffel, theilte zum 1. Punkt die Verhandlungen der Metallarbeiterkommission mit den Vertretern der Metall-Industriellen mit. Redner kritisierte in scharfen Worten das Verhalten der Metallindustriellen gegenüber den ganz minimalen Forderungen der Metallarbeiter: 2/3 Prozent Lohnerhöhung oder Gewährung einer Theuerungszulage. Während die Metallarbeiterkommission auf die Steigerung der Lebensmittelpreise und auf die hohen Miethzinse aufmerksam machte, gebrauchten die Herren Industriellen die Ausrede, die Sache ließe sich nicht generell regeln, daß sei Sache der einzelnen Fabrikanten; und doch haben die Industriellen beim Ausstand der Formner bei der Firma Red, wo es sich um eine Lohnerhöhung handelte, offiziell mit den Ausständigen unterhandelt. Daß, als man bei den Verhandlungen auf die Organisation zu sprechen kam, Herr Steppel mit höhnischem Lächeln der Kommission zu sagen wagte: Ja, Ihre Organisation ist ja die Minderheit, was wollen Sie damit anfangen? — daran treffe die Metallarbeiter selbst die Schuld. Wäre eine starke Organisation vorhanden gewesen, so hätten die Unternehmer die Kommission nicht auf diese Art und Weise abfertigen können. Zum zweiten Punkt beleuchtete der Referent die letzten Vorkommnisse bei Schudert, die bekunden, daß die Beamten bei Schudert, hohe und niedere, in der rigorosesten Weise gegen die Arbeiter vorgehen und daß die Direktion mit diesem Vorgehen einverstanden ist. Wenn die Arbeiter Abhilfe verlangen, so erklärt die Direktion, daß sie mit dem Vorgehen der Beamten nicht einverstanden sei und verpflichtet Abhilfe zu schaffen, aber nur, wenn sämtliche unter dem Beamten stehende Arbeiter geschlossen zusammenhalten. In der vorigen Woche sei verschiedenen Arbeitern am Akkord abgezogen worden; als dieselben erklärten, um diesen Preis die Arbeit nicht machen zu können, wurde ihnen die Antwort: Wenn Sie die Arbeit um den Preis nicht machen wollen, können Sie ja gehen, worauf 8 Mann aufhörten. Als nun der Beamte die Arbeit ändern Arbeitern gab, gingen diese auf das Bureau und verlangten dort die alten Preise bezahlt und gleichzeitig, daß die wegen Lohnreduktion ausgetretenen Arbeiter wieder eingestellt würden, andernfalls auch sie die Arbeit niederlegen würden. Auf dieses Vorgehen wurden die alten Preise wieder bezahlt und die bereits ausgetretenen Arbeiter wieder eingestellt. Schimpfsworte, wie Sauferte, Dohsen usw. seien bei gewissen Beamten an der Tagesordnung, es sei deshalb diesen sehr zu empfehlen, knigges Umgang mit Menschen zu studieren. Der angeführte Fall habe bewiesen, daß nur durch kräftiges Zusammenhalten der Arbeiter und durch eine kräftige Organisation der Willkür der Unternehmer und ihrer Beamten ein Damm entgegengesetzt werden könne. Damit schloß der Redner seinen mit köstlichem Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion besprach Kollege Koch die bereits bekannten Differenzen zwischen den Formnern und der Fabrikleitung und betonte, daß Letztere bei der Schlichtung der Differenzen das Versprechen gegeben habe, keinem an dem Ausstand beteiligten Arbeiter etwas nachzutragen. Dieses Versprechen sei insofern nicht gehalten worden, als die Fabrikleitung den nicht mit in den Ausstand getretenen Arbeitern bereits 2 M Lohn pro Stunde zugelegt und damit eine Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorgerufen habe, die schließlich zu neuen Differenzen Anlag biete. Kollege Nachtigall sprach seine Befriedigung über die stark besuchte Versammlung und darüber aus, daß die Kollegen bei Schudert den Muth haben, die Mißstände in genannter Fabrik aufzudecken. Eingehend auf die Resolution kritisierte Nachtigall die Beschlüsse der letzten Gastwirths-Versammlung. Die Gastwirths benutzten die hohen Fleischpreise noch dazu, um auch die Preise anderer Lebensmittel mit in die Höhe zu schrauben. Redner meint, daß es gerade genug gewesen wäre, wenn die Wirths die Fleisch- und Wurstpreise um 30 Proz. erhöht hätten, daß sie aber noch den Preis des Käses um 66 2/3 Prozent erhöht hätten, sei geradezu unerhört und es erwarte dieser Beschluß eine berechtigete Erbitterung unter der Nürnberger Arbeiterklasse. Redner empfahl jedoch die Annahme folgender Resolution: „Die im Bürgeraal tagende Metallarbeiter-Versammlung erklärt, daß die Löhne Angesichts der hohen Lebensmittelpreise und Wohnungspreise viel zu niedrig sind; sollen die Arbeiter auf die Dauer ihren Verpflichtungen nachkommen können, so müssen die Löhne aufgebessert werden. Die Schudert'schen Arbeiter verpflichten sich, den Arbeiterauschuss zu beauftragen, bei der Fabrikleitung vorstellig zu werden und für eine Lohnerhöhung zu plaidiren, ebenso sollen von Seiten der Fabrikleitung die Beamten aufgefordert werden, sich eines anständigen Benehmens gegenüber den Arbeitern zu befleißigen. Ferner verpflichten sich die Versammelten, soweit sie der Organisation noch nicht angehören, derselben beizutreten.“ — Nachdem die Resolution einstimmig angenommen war, forderte der Vorsitzende die Anwesenden zur fleißigen Agitation für den Deutschen Metallarbeiter-Verband auf und schloß die musterhaft verlaufene Versammlung.

**Überlangwiz.** Den Kollegen zur Kenntniß, daß uns das Restaurant zum „Kaffee“ zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung steht. Sache der Kollegen ist es nun, den Wirth zu unterstützen, damit uns das Lokal nicht wieder verloren geht, da es an Mühe und Arbeit nicht gefehlt hat, daselbst zu erobern.

**Mosdam.** Am 18. August fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Stadt. Kollege Rohrlach beleuchtete in einem 2 1/2 stündigen Vortrag den Zweck der Organisation. Zu dieser Versammlung waren in erster Linie die hiesigen Schmiede eingeladen, weil dieselben mit wenig Ausnahmen noch 11stündige Arbeitszeit haben. Dieselben haben in diesem Frühjahr bei der Innung um den 10stündigen angehalten, wurden aber rundweg abgewiesen. Da die Schmiede sich noch nicht in genügender Zahl dem Verbands angeschlossen haben, können wir keine weiteren Schritte unternehmen, umso mehr da die Versammlung unseren Erwartungen nicht entsprochen hat, es waren nur wenige Schmiede erschienen. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen über die Sonntagarbeit aus, was zur Folge hatte, daß der überwachende Beamte Notig davon nahm und am nächsten Montag verhängene Meißer mit Strafmandaten bedacht wurden.

**Kosslau.** In der am 3. September abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Franz Jenemann, Klemmer, Hauptstr. 60;

als Kassierer Arno Knabe, Gaschloffer, Friedrichstr. 18 C.; als Revisoren: Paul Süßmann, Otto Franke und Albert Runge.

Stuttgart. In der Mitgliederversammlung vom 27. August wurde u. A. beschlossen, daß zur Quittierung über den Extrabeitrag von 10 J pro Monat, der laut Beschluß vom 30. Juli zur Gründung eines Sozialfonds erhoben werden soll, Karten und Marken beschafft werden sollen.

Weimar. Eine am 13. August hier abgehaltene öffentliche Versammlung war leider trotz vorheriger eifriger Agitation nur schwach besucht.

Wriezen. Die Arbeiter der Firma C. Wulff in Wriezen wurden bei ihrem Chef vorstellig behufs Einführung der 10stündigen Arbeitszeit (bisher 11 Stunden) bei gleichem Lohn wie bei 11 Stunden und jede Ueberstunde mit 50 Proz. Aufschlag zu bezahlen.

Wriezen. Die Arbeiter der Firma C. Wulff in Wriezen wurden bei ihrem Chef vorstellig behufs Einführung der 10stündigen Arbeitszeit (bisher 11 Stunden) bei gleichem Lohn wie bei 11 Stunden und jede Ueberstunde mit 50 Proz. Aufschlag zu bezahlen.

**Fellenhauer.**

München. Die Sperre über die Firma Fellenhauer dauert unverändert fort, da Herr Fellenhauer sich beharrlich weigert, mit der Lohnkommission in Unterhandlung zu treten.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter**

(G. J. 29, Hamburg.)

Kiel. Am 21. August hielten die Filialen Kiel, Friedrichsdorf, Gaarden, Ellerbeck und Dietrichsdorf ein Sommervergügen zu Gunsten des Unterstützungsfonds unserer Kasse in Ellerbeck ab.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dieck' Verlag) ist neben das 50. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Gewitterwolken. — Demokratische und reaktionäre Abrüstung.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

- Alt- und Mengersdorf. Sonntag, 18. Sept., Nachm. 3 Uhr, auf der „Felsenmühle“.
- Apolda. Sonnabend, 17. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Vortwärts“. Wahl eines Delegierten zur Thüringer Metallarbeiterkonferenz.
- Bamberg. Samstag, 17. Septbr., im Gasthaus zur „Marktstraße“.
- Berlin. Dienstag, 20. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Grindel, Brannenstr. 198, Branchenversammlung der in der chirurgischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
- Bielefeld. (Allg.) Sonnabend, 24. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Kahl, Heeperstr. am Döppelbrunn.
- Brandenburg a. d. H. Montag, 26. September, im Winkels Salon, Hauptstr. 34, Vortrag.
- Cottbus. Am 17. Septbr.
- Cottbus. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat bei G. Kest, Schlossklosterstr.
- Farmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralherberge (Gold. Pfau), große Döppelgasse 15, statt.
- Hannover. (Sektion der Kleinmetz.) Samstag, den 17. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Kredel, Mühlentstr. 6, Vortrag des Herrn Gröger.
- Hannover. (Sektion der Fellenhauer.) Sonntag, den 25. Sept., Nachm. 3 Uhr, bei Kupper, Klosterstr.
- Hildesheim. (Allg.) Samstag, 17. Septbr., Abends 9 Uhr, bei Herrn Prevor, Leopold- und Heinestr.
- Hildesheim. Sonnabend, 24. Sept., Abds. 8 Uhr, im Fürst's Hof in Wellingdorf.
- Hildesheim. (Allg.) Am 16. Sept., Abds. 8 Uhr, in der „Rathenburg“, Koppenhollen.
- Hildesheim. Montag, 26. Sept., Abds. 8 Uhr, im „Felsenmüller“, Sonnenstr. 5, 1.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 17. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“, Boergasse 11. Vortrag von Gen. Graf: Von der Urgefellschaft bis zur Nationalität.

Hannover. (Branchenversammlungen der allgem. Verwaltungsjelle.) Werkarbeiter: Montag, 19. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Lütge, Valentinstamp. — Schlosser Hamburg: Dienstag, 20. September, Abds. halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemart 35. — Gelbgießer und Gärtler: Mittwoch, 21. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Raffinaderreihe 6—7. — Distrikt Gilbeck: Dienstag, den 20. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Friedmann, Wandsbeker Chaussee 128. — Distrikt Barmbeck: Mittwoch, 21. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei U. Fiedler, Ecke Bachstr. u. Schützenhof. Vortrag über die Handwerkerfrage. In wessen Hände gehört der Arbeitsnachweis? — Distrikt Gimshüttel: Donnerstag, 22. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Hentel, Belle-

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 24. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, im „Ballhof“.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 24. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Fiene, Rademacherstr. 1. Vortrag.

Harburg. Sonnabend, 24. Sept., im Vereinslokal.

Halk bei Köln. Samstag, 17. Sept., bei Hentelshoven.

Harlsrah. (Allg.) Samstag, 17. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Kalmbach. — Diejenigen Kollegen, welche ihre Bücher beim Bevollmächtigten haben, werden ersucht, dieselben in der Versammlung abzuholen.

Karlsruhe. (Sektion der Bauhofsloffer.) Samstag, 24. Sept., Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“.

Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 17. Sept., Abends halb 9 Uhr, in der „Eiche“.

Kandsberg a. M. Sonnabend, 24. September, bei Rothenburg.

Kiegnitz. Am 24. Sept. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftsstatut und der Unterkassierer. — Die Mitgliedsbücher werden zur Kontrolle durch die Unterkassierer eingezogen.

Merseburg. Sonnabend, 17. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Saalehöfchen“.

Mühlhausen i. G. Montag, 19. Sept., Abds. 8 Uhr, bei Rietzmüller, Frankfurter.

München. (Sektion der Mechaniker, Optiker u. v. B.) Samstag, 17. Sept., im Restaurant zur „Klinik“, Ecke der Schiller- und Findlingstr. Vortrag des Arbeitersekretärs Timm.

Neumarkt i. d. O. Samstag, 17. Septbr., Abends 8 Uhr, im Lokal.

Nürnberg. (Sektion der Meißzeugindustrie.) Montag, 19. Sept., bei Zantner, Zuckerstr.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. v. B.) Samstag, 24. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Jammerthal“.

Pforzheim. Samstag, 18. Sept., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Löwen“. Bericht vom Gewerkschaftsstatut. Ausflug.

Rathenow. (Sektion der opt. Stuisarb.) Sonnabend, 24. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Rehsfeld, Jägerstr. 14.

Reutlingen. Samstag, 17. Sept., Abds. 8 Uhr, bei Köpfer zum Gerberthor.

Stuttgart. (Allg.) Samstag, 17. Sept., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Varen“, Eplingerstr. 17—19. Vortrag.

Stuttgart. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 24. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Eplingerstr.

Apolda. Sonntag, 25. Sept., Stiftungsfest. Die Kollegen der umliegenden Orte: Raumburg, Jena, Weimar und Erfurt sind freundlichst eingeladen.

Berlin. Die Bibliothek, welche sich nummehr in den Räumen Amnestr. 39, part., befindet, sieht fortan den Mitgliedern in der Zeit von Vormittags 9—1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr Nachm., Dienstag und Donnerstag von 9 bis 1 Uhr und 4—9 Uhr zur Benutzung offen.

Den Mitgliedern geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Der Mitglieder geben wir bekannt, daß Sonntag, den 2. und Sonntag, den 30. Oktober, Vorm. 9 Uhr, je eine Sondervorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, stattfindet. Zur Aufführung gelangt: „Aus grauer Vorzeit“.

Benningen. Sonntag, 18. Sept., Ausflug nach Benningen. Zusammenkunft Früh 7 Uhr, im „Gold. Roß“.

München. (Sektion der Schlosser etc.) Wir warnen vor der Aufnahme des Eisenrehers Sikuta, geboren am 14. Dezember 1870 zu Steyer in Oesterreich, in den Verband.

Nürnberg. Arbeitsnachweis und Verkehrslokal der Schmiede Nürnbergs befindet sich in der Wirtschaft zum „Jammerthal“, Schilbgasse 4.

Pegnitz. Samstag, 17. Sept., Abds. 8 Uhr, gefellige Zusammenkunft in der Kürzbörcher'schen Wirtschaft.

Pforzheim. Sonntag, 18. Sept., Familienausflug nach Karlsruhe, Durlach, Nagau. Abfahrt 7,58 Uhr. Die Teilnehmer wollen sich in der am Samstag stattfindenden Versammlung behufs Fahrpreisermäßigung melden und den Fahrpreis entrichten.

Wiesbaden. (Beide Verwaltungen.) Sonntag, den 25. Sept., im „Schwalbacher Hof“, Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Gesang, komischen Vorträgen, turnerischen Aufführungen, Tombola und Ball.

**Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.**

Hattersheim. Sonntag, 25. Sept., Nachm. 2 Uhr, im Gasthaus zum „Engel“, Konferenz der 20. Wahltheilung. Gleichzeitig wird auch die 22. Wahltheilung zu dieser Konferenz eingeladen. Tagesordnung: Die Einführung des neuen Statuts. Referent: Delegirter Mayer-Vornheim.

**Öffentliche Versammlungen.**

Altona. Montag, 26. Sept., Abds. halb 9 Uhr, bei Christensen, Blumenstr. 41, öffentliche Versammlung der Metallarbeiter von Altona und Umgegend.

Augsburg. Samstag, 24. Septbr., Abends 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referent aus München.

Berlin. Montag, 19. Sept., Abds. 8 Uhr, öffentliche Versammlung in Zimmermann's Festsaal, Badstraße 58. Die Arbeitsverhältnisse in der Berliner Eisenindustrie unter spezieller Berücksichtigung der Akfordarbeit und des Kolonnen-systems und die Aufgaben unserer Organisation. Referent: Otto Rätter. Zu dieser Versammlung sind speziell eingeladen die Kollegen der Firmen: Brest & Cie., Bretschneider & Krüger, König, Rüden & Cie., Grelgel, Koller, Rudolf & Kühne, Kapler, „Sylkop“, Mehlis & Behrens, Arnheim, Panzer, Sponholz & Wrede, Belter & Schneebogel.

Düsseldorf. Montag, 19. Sept., öffentliche Klempererversammlung bei Prebor.

Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler und Installateure.) Sonntag, 18. Sept., Vorm. 10 Uhr, öffentliche Versammlung.

Finstertal. Sonntag, 25. September, Nachmittags 3 Uhr, im Deutschen Hause, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Die Organisation, ihr Zweck und die Lage der Metallarbeiter in Finstertal. Referent: Kollege Majasch.

Leipzig. Dienstag, 28. Sept., öffentliche Versammlung der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Metallarbeiter im „Coburger Hof“, Windmühlenstraße. Vortrag von Schriftsteller Wiesenthal. Gewerkschaftliches. Die Werkstellentommission der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Drücker ist jeden Sonnabend Abend im Coburger Hof anwesend.

Leipzig. Dienstag, 28. Sept., öffentliche Versammlung der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Metallarbeiter im „Coburger Hof“, Windmühlenstraße. Vortrag von Schriftsteller Wiesenthal. Gewerkschaftliches. Die Werkstellentommission der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Drücker ist jeden Sonnabend Abend im Coburger Hof anwesend.

Leipzig. Dienstag, 28. Sept., öffentliche Versammlung der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Metallarbeiter im „Coburger Hof“, Windmühlenstraße. Vortrag von Schriftsteller Wiesenthal. Gewerkschaftliches. Die Werkstellentommission der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Drücker ist jeden Sonnabend Abend im Coburger Hof anwesend.

Leipzig. Dienstag, 28. Sept., öffentliche Versammlung der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Metallarbeiter im „Coburger Hof“, Windmühlenstraße. Vortrag von Schriftsteller Wiesenthal. Gewerkschaftliches. Die Werkstellentommission der Gelbgießer, Gärtler, Metalldreher und Drücker ist jeden Sonnabend Abend im Coburger Hof anwesend.

**Zentral-Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands, Stuttgart, Neckarstraße 160, I.**

Anschaun ist verboten! Bei Gesuchen um Zuweisung von Arbeit ist Vor- und Name, Geburtsort, Alter und Familienstand (ob ledig oder verheiratet), sowie die Art der bisherigen als auch der gewünschten Arbeit anzugeben. Gesucht: für Norddeutschland: 1 Feilenhauer, der schleifen kann.

**Privat-Anzeigen.**

Der Stenographie-Unterricht, welcher von mir gegeben wird, beginnt Anfang Oktober und eruche ich die ev. Teilnehmer sich frühzeitig zu melden. 237] O. Gormann, Neuhofstr. 24, Hannover.

Tüchtige Nachguß-Formen werden sofort bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Hächstliche Bronzewarenfabrik, Aktien-gesellschaft Wurz i. S. [230

Ein tüchtiger Gelbgießerhilfe (guter Dreher) kann bei gutem Lohn in dauernde Arbeit treten. 235] Otto Gütter, Gelbgießerstr., Bauken i. S.

Einige tüchtige Formen werden gesucht. 234] Eisenwerk Neumarkt (Oberpfalz).

Eine österreichische Messingfabrik sucht unter außerordentlich günstigen Zahlungsbedingungen einen tüchtigen

Walzwerkmeister, der das Walzen, Beizen und Glühen von Messing, Tombak und Nachgußblechen, sowie das Walzenschleifen gründlich versteht. Offerte zu richten unter „Werkmeister M. C. 3805“ an Rudolf Woffe, München. [233

Respektanten aus Oesterreich werden nicht berücksichtigt. Feilenhauerei zu verkaufen. Eine Feilenhauerei mit guter Kundenschaft ist sogleich zu verkaufen. Näheres zu erfragen bei G. Jagmann, Schleifer Weislingen a. d. St., Württemberg. [236